

# VOR BILDER BILDEN

Auf dieser DVD finden Sie:

**Vorbilder bilden**

Einleitung in die DVD

**Carl Bertelsmann-Preis 2007**

Daten und Hintergründe zum Preisthema

**Teilnehmer und Programme**

Informationen und Videos zu 15 ausgewählten Programmen

**Projekte**

Vorstellung von Stiftungsprojekten mit inhaltlichem Bezug zum Carl Bertelsmann-Preis 2007

## Vorbilder bilden

Gesellschaftliches Engagement  
als Bildungsziel

Carl Bertelsmann-Preis 2007



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	
Dr. Brigitte Mohn . . . . .	4
<b>Grußwort</b>	
Dr. Angela Merkel . . . . .	8
<b>Bildungsauftrag 2020:</b>	
<b>Verantwortungsvolle und politische Bürger</b>	
Michael Seberich, Sigrid Meinhold-Henschel .	10
<b>Engagement von Jugendlichen -</b>	
<b>Daten und Fakten zum Status quo</b>	
Anna Niemann, Kai Stenull. . . . .	14
<b>Interview mit Ministerpräsident Kurt Beck</b>	
Kai Stenull . . . . .	16
<b>Engagement ja – Mitbestimmung jein:</b>	
<b>Wie Erwachsene das Engagement Jugend-</b>	
<b>licher sehen</b>	
Sigrid Meinhold-Henschel,	
Prof. Helmut Schneider .. . . .	20
<b>„Schüler Helfen Leben“ –</b>	
<b>für Jugendliche in Südosteuropa</b>	
Ulla Keienburg. . . . .	24
<b>Interview mit Prof. Dr. Thomas Olk</b>	
Barbara Lich . . . . .	28
<b>Ham Se jedient?</b>	
<b>Die Bedeutung des gesellschaftlichen</b>	
<b>Engagements für die Berufswelt</b>	
Jonathan Przybylski . . . . .	30

<b>Sozial macht Schule! Löwenhunger – wenn</b>	
<b>nicht nur der Magen knurrt ...</b>	
Ulla Keienburg . . . . .	36
<b>Stimmen</b>	
Bischof Dr. Franz-Josef Bode, Bischof Dr. Wolfgang	
Huber, Alexandra Dinges-Dierig, Prof. Rita	
Süssmuth, Holger Rupprecht . . . . .	40
<b>Vorbild Großbritannien –</b>	
<b>Politik fördert Engagement</b>	
Ina Epkenhans, Jonathan Przybylski . . . . .	42
<b>G-Nation – „The next generation“</b>	
<b>Eine Generation lernt das Geben</b>	
Julia Grosse . . . . .	46
<b>Stimmen</b>	
Dr. Wulf H. Bernotat, Norbert Hocke,	
Dr. Mathias Kammüller, Christoph Miethke . .	50
<b>Vorbild Baden-Württemberg</b>	
Sigrid Meinhold-Henschel . . . . .	52
<b>TOP SE – Schüler-Engagement im Ländle</b>	
Sigrid Meinhold-Henschel, Kai Stenull. . . . .	56
<b>Stimmen</b>	
Prof. Thomas Rauschenbach, Prof. Helmut	
Anheier, Katharina Heuermann, Dr. Heide-Rose	
Brückner, Thomas Krüger. . . . .	60

<b>Engagement ist kein Selbstläufer –</b>	
<b>Entwicklungen und Initiativen</b>	
<b>in den USA</b>	
Michael Seberich . . . . .	62
<b>Project Citizen –</b>	
<b>Leuchtendes Beispiel für Engagement</b>	
Michael Seberich . . . . .	66
<b>Penny Harvest – Zeit der Ernte</b>	
Silvia Feist . . . . .	70
<b>Schulen als Orte des Engagements -</b>	
<b>Ergebnisse der internationalen Recherche</b>	
Carmen Aldinger, Margit Aufterbeck-Martin,	
Henning Banthien und Felix Oldenburg . . . .	74
<b>Engagement von Anfang an –</b>	
<b>Zehn Empfehlungen für Deutschland . . .</b>	78

## Anhang

<b>Die Arbeitskommission, die Jury und die</b>	
<b>Nominierten . . . . .</b>	82
<b>Der Carl Bertelsmann-Preis . . . . .</b>	84
<b>Buchempfehlungen . . . . .</b>	85
<b>Kurzporträt der Bertelsmann Stiftung . .</b>	86
<b>Ausgewählte Projekte der</b>	
<b>Bertelsmann Stiftung. . . . .</b>	87
<b>Impressum . . . . .</b>	88

# Vorwort | Brigitte Mohn

## „Vorbilder bilden – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel“



### Engagement gestaltet Zukunft

10 Monate, 12 Länder, mehr als 200 Projekte, viel beschriebenes Papier und unzählige Gespräche sind die eine Seite der Bilanz des Carl Bertelsmann-Preises 2007. Auf der anderen Seite stehen neue Erkenntnisse über das unglaubliche – immer noch unterschätzte – Engagementpotenzial junger Menschen. Beispiele für erfolgreiche Kooperationen zwischen Bildungsinstitutionen und dem Dritten Sektor oder Geschichten von Jugendlichen, die durch ihr Handeln begonnen haben, ihre Welt zu verbessern. Der Carl Bertelsmann-Preis 2007 belegt, dass die frühe Förderung von gesellschaftlichem Engagement in Kindertagesstätten und Schulen Treiber für gesellschaftliche Innovationen ist. Es stärkt das Individuum und die Gesellschaft für die gemeinsame soziale und wirtschaftliche Zukunft. ➔

### Freiräume schaffen

Eine zentrale Erkenntnis aus den Recherchen ist, dass die Politik aktiv das Entstehen einer lebendigen Bürgergesellschaft gestalten kann. Die in dieser Publikation dokumentierten Beispiele aus Großbritannien, den USA und Deutschland zeigen, wie dies in der Praxis aussieht. Interessant ist, dass vor allem jene Policys erfolgreich sind, die Freiräume für das Handeln der Bürgergesellschaft selbst ermöglichen. Lösungen für die konkreten Herausforderungen entstehen im lokalen Kontext. So setzen sich die vielen jungen Social Entrepreneurs unseres Preisträgers, der Citizenship Foundation aus Großbritannien, für eine große Zahl von Problemlagen ein. Lernen Sie die Kinder und Jugendlichen kennen, die im Rahmen des Projektes G-Nation oder Youth Act versuchen, die Waffengesetzgebung zu verändern, der Verschmutzung der Parks im eigenen Stadtteil den Kampf ansagen oder älteren Menschen das Internet erklären. Sie sind eine Inspiration für uns alle.

### Anerkennung geben

Teddy Gross, Gründer der Organisation Common Cents, hat uns im Laufe der Recherchen den Satz mit auf den Weg gegeben: „Wenn Dich andere respektieren, dann respektierst Du Dich auch selbst.“ Gesellschaftliches Engagement schafft diesen Respekt, diese Anerkennung. Das Faszinierende ist, dass in Projekten wie „Common Cents“ oder „Project Citizen“ gerade die Kinder und Jugend-

lichen Respekt erfahren, die nicht immer durch akademische, sportliche oder musische Leistungen glänzen. Das „Dankeschön“ für das zur Verfügung gestellte Essen einer Tafel, das Vorlesen in einem Altenheim oder den Einsatz für ein besseres Tierschutzgesetz ist für diese Kinder unbezahlbar. Es kommt hinzu, dass sie durch dieses Engagement wichtige Kompetenzen und Wissen für den eigenen Lebensweg erwerben.

Es gilt an dieser Stelle auch den Menschen Anerkennung zu zollen, die den Kindern und Jugendlichen diese Lernchancen ermöglichen. Es gehört Mut dazu, sich auf pädagogische Innovationen einzulassen. Dies mag in einer Organisation des Dritten Sektors einfacher sein, da hier Kinder- und Jugendarbeit nicht so vielen institutionellen Zwängen unterliegt. In Kindertagesstätten und Schulen ist es in Deutschland und auch in anderen Ländern immer noch schwierig, diesen Weg zu gehen. Das traditionelle Lernen für Tests hat wieder Konjunktur. Es ist jedoch schon lange kein Geheimnis mehr, dass „peer led education“, kooperatives Lernen, erfahrungsbasiertes Lernen die erfolgreichereren pädagogischen Ansätze sind. Der Preis hat uns mit einer Vielzahl von Erziehern und Lehrern in Verbindung gebracht, die sich um die Öffnung der Schule für andere Methoden und Professionen bemühen. Unser Sonderpreis für den Bildungsplan „Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement“ (TOP SE) zeigt, wie vor allem die Öffnung der Schule für andere Akteure Innovationen in der Lehre anregt.

### Fragen beantworten

Die intensive Auseinandersetzung mit einem Thema wirft am Ende viele neue Fragen auf. Wie können die vielen guten Programme und Ideen in den Alltag von Kindertagesstätten und Schulen implementiert werden? Wie kann der Aufbau einer Infrastruktur der Engagementförderung dauerhaft gesichert werden? Wie sollte eine neue Anerkennungskultur aussehen? Fragen, auf die wir in dieser Publikation erste Antworten geben. Mich selbst bewegt vor allem auch die Frage: Wie können wir die positive Wirkung von gesellschaftlichem Engagement nachweisen? Die Anekdoten über das Lernpotenzial sozialen und politischen Mitwirkens von Kindern und Jugendlichen sind zahlreich. Sie allein reichen jedoch nicht aus, um am Ende schwarz auf weiß die Wirkung von gesellschaftlichem Engagement zu dokumentieren. Wir müssen nachweisen, dass Investitionen in gesellschaftliches Engagement dazu führen, dass nicht mehr 82.000 Hauptschüler die Schule abbrechen (2004).

Wir müssen nachweisen, dass gesellschaftliches Engagement als Form der Sekundärprävention Rauchen, Alkohol und Drogensucht verhindert. Wir müssen nachweisen, dass gesellschaftliches Engagement die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen steigert. Intuitiv wissen wir, dass dies nachzuweisen ist. Es gilt jetzt, es durch Evidenz zu untermauern und damit noch mehr gute Argumente für die frühe Förderung von gesellschaftlichem Engagement zu haben.

### Kooperationen eingehen

Mit dem Carl Bertelsmann-Preis 2007 haben wir einen Bereich der Bürgergesellschaft vermessen, der viele Akteure in der Wirtschaft, dem Dritten Sektor und der Politik bewegt. Es gilt jetzt, das gemeinsame Verständnis der Herausforderungen auszubauen. Als Ausgangspunkt für einen solchen Diskurs können die Handlungsempfehlungen am Ende dieser Publikation dienen. In einem nächsten Schritt sollten Ideen für ein gemeinsames Handeln entstehen. Alle Akteure unserer Gesellschaft sind auf Kooperationen angewiesen – die frühe Förderung von gesellschaftlichem Engagement ganz besonders, da sie von diesen lebt.

Dr. Brigitte Mohn

Gütersloh, im Juli 2007



# Grußwort | Angela Merkel



Mitwirken und Mitentscheiden im Kleinen wie im Großen – das ist die Grundlage unserer Demokratie und der Ausdruck gelebter bürgerlicher Freiheit. Ideal wäre, wenn sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten und engagierten. Denn der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird auch in Zukunft vom bürgerschaftlichen Engagement abhängen. Damit steht auch die Politik vor einer besonderen Herausforderung: Sie muss für geeignete Rahmenbedingungen sorgen, damit möglichst viele Menschen die Gelegenheit haben, ihre Potenziale zum gemeinnützigen Mitwirken zu entfalten.

Die Bundesregierung nimmt ihre Verantwortung wahr, wie sie auch aktuell mit ihrer Initiative für ein „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ zeigt. Aber finanzielle und bürokratische Entlastung für das Ehrenamt allein reichen nicht. Natürlich muss es hinreichende Möglichkeiten der Betätigung geben. Damit diese genutzt werden, braucht es zum einen Begeisterung und zum anderen gesellschaftliche Anerkennung.

Wir wissen: In Deutschland machen sich viele junge Menschen für das Gemeinwohl stark. Dabei sind besonders diejenigen zu noch mehr Engagement bereit, die in ihrem persönlichen Umfeld Anregungen hierzu finden. Darüber hinaus sind sie mit ihren Freundinnen und Freunden eingebunden in Kirchengemeinden, Vereine, Verbände und Parteien.

Das heißt: Junge Menschen engagieren sich vor allem dann, wenn sie in ihrem Alltag bürgerschaftliches Engagement erfahren. Daher brauchen sie Vorbilder, die zu eigenem Tun anregen. Sie brauchen außerdem Vertrauen in die eigene Fähigkeit, etwas erreichen zu können, und vielfältige, ansprechende Angebote zum Mitwirken und Mitentscheiden. Wenn diese Voraussetzungen stimmen, dann können junge Menschen viel bewegen. In der vorliegenden Broschüre gibt es zahlreiche Beispiele dafür.

Durch Vorbilder selbst zu einem Vorbild werden – so werden gemeinnütziges Wirken und damit auch unsere Demokratie immer wieder neu belebt. Das ist aber keineswegs selbstverständlich. Denn Mitwirken und Mitentscheiden will gelernt sein. Damit kann nicht früh genug angefangen werden, im Elternhaus und im Bildungssystem. Ganz wichtig sind auch informelle Bildungsmöglichkeiten, mit denen Kinder und Jugendliche weniger theoretisch als vielmehr durch „learning by doing“ an bürgerschaftliches Engagement herangeführt werden.

Es ist also ein sehr wichtiges Thema, das die Bertelsmann Stiftung in diesem Jahr für den Carl Bertelsmann-Preis gewählt hat: „Vorbilder bilden – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel“. Dieses Bildungsziel richtet sich an jeden Einzelnen unserer Gesellschaft, es geht uns alle an. Gerade deshalb bin ich der Bertelsmann Stiftung für ihre Initiative sehr dankbar.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Berlin, im Juni 2007

# Bildungsauftrag 2020: Verantwortungsvolle und politische Bürger

Von Michael Seberich und Sigrid Meinhold-Henschel

## Schulen der Region feiern Bildungs- partnerschaften

Am kommenden Samstag beginnt in der Sportarena die ENGAGEMENTA 2020, die jährliche Engagementmesse des Schulverbunds im Kreis. Während der zweitägigen Veranstaltung stellen sich Bildungspartner aus den Bereichen Soziales, Gesundheit, Rettungs- und Katastrophenhilfe, Sport, Kultur, Umwelt, Religion, internationaler Austausch und Entwicklungshilfe den Schülern und deren Eltern vor. Die lokalen und nationalen Organisationen informieren während des ganzen Wochenendes ausführlich über ihre Arbeit und die zahlreichen Möglichkeiten zur Beteiligung.

Projekten an. Schüler können diese Workshops in der Anfangsphase der Projekte für den Blockunterricht über das regionale Bildungsbüro buchen. Im vergangenen Jahr entwickelte ein Schülerverbund eine vielbeachtete Ausstellung zur angespannten Pflegesituation in Altersheimen. Bereits 2019 initiierte und moderierte eine Schülergruppe im ländlichen Raum des Kreises regelmäßige virtuelle Begegnungen mit Jugendlichen aus der ganzen Welt zum Thema „Wasser“. Erst vor wenigen Tagen stellte die „Wasser-Gruppe“ die Ergebnisse ihrer Arbeit den verantwortlichen Politikern im Kreistag vor. Höhepunkt der ENGAGEMENTA 2020 wird der Markt der Schülerprojekte sowie deren Präsentation vor Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft sein. Für die meisten jugendlichen Teilnehmer ist dies das Ende und zugleich der Anfang eines Projektes. Alle Schüler erhalten zum Abschluss der Veranstaltung eine detaillierte schriftliche Rückmeldung der Lehrer und Bildungspartner zur Entwicklung der eigenen Kompetenzen.

Da selbstbestimmte Projekte im Mittelpunkt der Bildungspartnerschaften stehen, bieten die Gemeinde-Mentoren der Schulen und die Schul-Mentoren der Non-Profit-Organisationen erneut Schnupper-Workshops zur Entwicklung von

## Die Zukunft ist nicht so fern

Die Recherchen zum Carl Bertelsmann-Preis 2007 haben gezeigt, dass für manche Kinder und Jugendliche die Zukunft schon begonnen hat. Es gibt auf dieser Welt – auch in Deutschland – Kindergärten und Schulen, die sich ihrer Kommune gegenüber geöffnet haben. Viele Akteure in Politik und Zivilgesellschaft haben verstanden, dass jede Generation erneut lernen und erfahren muss, warum es wichtig ist, sich für die demokratische Gesellschaft einzusetzen.

In den angloamerikanischen Ländern, wie Großbritannien, Kanada, Neuseeland oder den USA, ist die frühe Förderung von Engagement und Demokratie eine fast in Vergessenheit geratene Bildungsaufgabe gewesen. In den 90er Jahren wurde sie wiederentdeckt, da sich Politik und Gesellschaft um die Zukunft von Bürgergesellschaft und Demokratie sorgten. In Skandinavien ist das Thema selbstverständlicher Bestandteil des Bildungssystems, wobei sich Engagement häufig auf die Welt außerhalb des eigenen Landes konzentriert. In Transformationsstaaten wie Brasilien, Estland oder Südafrika ist das Thema von zentraler Bedeutung, weil gerade junge Demokratien auf ein Mitwirken ihrer Bürger angewiesen sind. Die verschiedenen Ausgangssituationen haben weltweit vorbildliche Policies und Programme entstehen lassen, die die frühe Förderung von gesellschaftlichem Engagement zum Ziel haben.

## Herausforderungen in Deutschland

Die Diskussion über diese Bildungsaufgabe an sich ist so alt wie unsere Demokratie. Der Zeitpunkt für einen öffentlichen Diskurs zum Bildungsziel gesellschaftliches Engagement ist trotzdem kein Zufall. Seit Anfang der 90er Jahre herrscht in Deutschland eine neue, intensive Diskussion zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik, wie Zivilgesellschaft und Demokratie am besten gestärkt werden können. Im Mittelpunkt stehen pädagogische Interventionen.

Auslöser der Diskussion waren die zahlreichen rechtsextremen Gewalttaten, die sinkende Wahlbeteiligung junger Menschen im wiedervereinten Deutschland und die – fälschliche – Wahrnehmung, dass junge Menschen sich kaum gesellschaftlich engagieren. Verschiedene Bundesregierungen haben als Reaktion auf diese Ausgangslage Programme initiiert (z. B. „Civitas“ oder „Vielfalt tut gut“). Im Bereich Schule hat das Programm der mittlerweile aufgelösten Bund-Länder-Kommission (BLK) „Demokratie lernen und leben“ neue pädagogische Ansätze zu dem Thema systematisch erprobt. Neben dem Staat sind in diesem Bereich Stiftungen (z. B. Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung), Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen des Dritten Sektors wichtige Akteure.

Es sind heute nicht mehr Rechtsextremismus und Politikverdrossenheit allein, die der Förderung von gesellschaftlichem Engagement eine hohe Bedeutung zukommen lassen. Der PISA-Schock im Jahr 2002 hat den klassischen, kognitiv ausgerichteten Bildungskanon in den Mittelpunkt gerückt. Wissenschaft und Praxis unterstreichen jedoch immer wieder, dass Bildung mehr ist. Es kommt hinzu, dass sie besser ist, wenn Kindern und Jugendlichen Erfahrungsräume angeboten werden, in denen Theorie und Praxis miteinander verzahnt sind. Letzteres wird in Deutschland von der Wirtschaft derzeit nur sehr zurückhaltend eingefordert. Sie will von den zukünftigen Mitarbeitern nicht nur abrufbares Wissen, sondern vor allem Kompetenzen in Bereichen wie Kommunikation, Vernetzung oder Konfliktmanagement. Unternehmen sehen jedoch sehr wohl, dass gesellschaftliches Engagement in Kanada, Großbritannien oder den USA eines der zentralen Einstellungskriterien ist.





Eine Reaktion auf die Ergebnisse der PISA-Studie ist die politische Durchsetzung der Ganztagschule. In dieser Schulform sind Schule und der Dritte Sektor aufeinander angewiesen. Wo sonst sollen Kinder in Zukunft ein Musikinstrument lernen, mit Sportvereinen in Berührung kommen und erfahren, was gesellschaftliches Engagement ist? Die Ganztagschule wird eine multiprofessionelle Schule am Ort sein müssen und nicht nur eine für sich stehende Bildungsanstalt.

Mit PISA ist die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit unseres Bildungssystems neu gestellt worden. Der Bildungserfolg hängt in Deutschland wesentlich vom sozialen Status der Eltern ab. Dies gilt auch für gesellschaftliches Engagement, wie der Freiwilligensurvey mit Zahlen untermauert. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Schüler an einem Gymnasium gesellschaftlich engagiert, ist bedeutend höher als an einer Hauptschule. Dies gilt es zu ändern, wenn Studien aus den USA stimmen sollten, dass Schüler durch gesellschaftliches Engagement ihre Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss beträchtlich steigern (z. B. Metz und Youniss 2005).

Die frühe Förderung gesellschaftlichen Engagements bietet somit eine Vielzahl von Chancen für die Gesellschaft und das Individuum. Das Potenzial der Verknüpfung von gesellschaftlichem Engagement und Bildung ist in Deutschland bisher nicht ausgeschöpft.

### Das Individuum stärken

„Macht Engagement schlau?“ lautete im Jahr 2005 die provokante Frage der Dortmunder Jugendforscher Wiebken Dux und Erich Sass. In ihren Forschungen konnten sie zeigen, dass Kinder und Jugendliche durch Engagement zentrale Lebenskompetenzen erwerben. Manche der befragten Schüler sehen sogar im Engagement selbst den zentralen Lernort. Es ist zu fragen, wie die Stärken des informellen Lernens mit denen des formellen Lernens in der Schule verbunden werden können. Schule, so zeigt es das Service Learning, kann ein Ort der Reflexion und Dokumentation des Erfahrenen sein. Die Prozessbegleitung – ein etwas anderer Auftrag für Erzieher und Lehrer – kann das Erfahrene mit Wissen verbinden und so ein erweitertes Lernen ermöglichen.

Engagement macht auch fit fürs Leben. Wie bereits angedeutet, werden im Rahmen der Mitarbeit in einer Umweltgruppe, als Trainer in einem Sportverein oder als freiwilliger Mentor für Deutsch in einem Kindergarten Kompetenzen gelernt, die in der beruflichen Praxis relevant sind. Es kommt hinzu, dass die Kinder und Jugendlichen Netzwerke vor Ort aufbauen. Dieses soziale Kapital kann zu verschiedenen Zeitpunkten des Lebens, z. B. bei der Suche nach einer Lehrstelle, von Bedeutung sein. Wichtig ist eine Offenheit für die Vielfalt des Engagements für Demokratie und Gemeinwohl. Engagement kann glücklich und gesund machen. Diese Beobachtung wird von vielen Menschen mit einem natürlichen Reflex kommentiert: „Stimmt!“ Studien, vor allem von Allan Luks, belegen empirisch, dass Menschen, die helfen, ein ausgeglichenes, zufriedeneres Leben führen und häufig eine längere Lebenserwartung haben. Eine sinnvolle Integration von gesellschaftlichem Engagement stärkt somit das Selbstbewusstsein des Individuums und kann sich positiv auf das Schulklima auswirken. All dies sind Indizien, dass jedes Kind von einer frühen Engagementerfahrung profitieren kann.

### Eine inspirierende Zivilgesellschaft

Die frühe Förderung des gesellschaftlichen Engagements ist ein zentraler Baustein einer lebendigen Demokratie. Wichtig ist dabei, dass Kinder und Jugendliche immer wieder den Freiraum erhalten, gesellschaftliche Herausforderungen zu identifizieren und Lösungen selbst zu entwickeln. Sie erfahren so, dass ihre Stimme zählt und sie wirkungsvoll handeln. Zivilgesellschaftliche Organisationen können somit zu einem Innovationstreiber werden, der den Einzelnen und die Gesellschaft zusammenführt. Es entstehen ständig Inspirationen in der Zivilgesellschaft, die zu einem neuen Überdenken und zu Veränderungen von gesellschaftspolitischen Fragen führen.

### Die Gesellschaft stärken

Demokratie basiert auf dem Interesse der Bürger, diese zu gestalten. Gesellschaftliches Engagement ist ein zentraler Ausdruck der Mitwirkung. Strittig ist dabei, wie politisch bestimmte Formen der freiwilligen Mitarbeit sind. Konsens muss sein, dass es um den Erhalt der Demokratie geht. Eine sogenannte „bad civil society“, z. B. rechtsextreme Sport- und Kulturvereine, ist von diesem positiven Verständnis von gesellschaftlichem Engagement ausgeschlossen. Die Recherchen zeigen, dass in einer Demokratie politisches Handeln und gesellschaftliches Engagement zusammengehören.

Engagement wirkt integrierend. Viele Schulen und Non-Profit-Organisationen nutzen ihre Bildungsprogramme zum Thema, um leistungsschwachen Schülern eine positive Lernerfahrung zu ermöglichen. Sich selbst zu engagieren ist für sozial schwache Schüler eine Chance, die eigene Lebenssituation zu gestalten. Schülern mit Migrationshintergrund wird eine Stimme in der Kommune gegeben. Wie gesellschaftliches Engagement unter bestimmten Rahmenbedingungen integrierend wirkt, hat Professor Sebastian Braun herausgearbeitet.

Letztendlich sollte das entstehende Sozialkapital als ein Wert verstanden werden. Es gilt diese Form des Kapitals stärker in unserer Gesellschaft anzuerkennen und sie aktiver zu nutzen, um gemeinsam soziale, ökonomische und kulturelle Herausforderungen zu gestalten. Für Kinder und Jugendliche kann Sozialkapital von Anfang an zu einem Instrument des Empowerment werden.

#### Literatur:

Braun, Sebastian. Sozialintegrative Potenziale bürgerschaftlichen Engagements für Jugendliche in Deutschland. Expertise zum Carl Bertelsmann-Preis 2007. Gütersloh 2007.

Dux, Wiebke, und Erich Sass. „Macht Engagement schlau? Oder engagieren sich die Schläuen?“ Hessische Jugend (57) 4 2005. 10–12.

Luks, Allan, und Peggy Payne. Wer hilft, gewinnt: Warum sich Verantwortung und soziales Engagement lohnen. Freiburg im Breisgau 2000.

Metz, Edward C., und James Youniss. „Longitudinal gains in civic development through school-based required service“. Political Psychology (26) 3 2005. 413–437.

# Engagement von Jugendlichen

## Daten und Fakten zum Status quo

Aufbereitung des Freiwilligensurveys durch Anna Niemann und Kai Stenull

Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys zeigen, dass in Deutschland mehr als 23 Millionen Menschen freiwillig verschiedene Aufgaben oder eine ehrenamtliche Funktion übernehmen. Dies entspricht 36 Prozent der deutschen Bevölkerung über 14 Jahren. Ein weiteres Drittel bezeichnet sich außerdem als aktiv, ohne jedoch ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen.

### Freiwilligensurvey

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden 1999 und 2004 jeweils 15.000 telefonische Interviews zum Thema gesellschaftliches Engagement geführt.

Dieser Freiwilligensurvey, die bisher umfassendste Studie zum Engagement in Deutschland, wurde für den Carl Bertelsmann-Preis 2007 für die Altersgruppe 14 bis 25 gesondert ausgewertet.

- Erhebungszeitraum:  
April bis Juli 1999 und 2004
- Erhebungsmethode:  
15.000 computergestützte telefonische Interviews
- Grundgesamtheit:  
deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren

Ein Ergebnis des Freiwilligensurveys ist, dass Jungen (38 Prozent) sich mehr engagieren als Mädchen (33 Prozent). Jedoch hängen vom Geschlecht nicht nur Häufigkeit und Übernahme von freiwilligen Tätigkeiten ab, sondern auch die Bereiche, in denen sich Jugendliche am meisten engagieren. Das Engagement von Mädchen und jungen Frauen ist im Vergleich zu den Jungen mehr mit Hilfe für Schwächere verbunden und stärker auf andere Menschen bezogen. Jungen engagieren sich hingegen häufiger im Sportverein, bei der freiwilligen Feuerwehr und auch im Politikbereich.

Gesellschaftliches Engagement ist stark mit dem Faktor Bildung verknüpft. Je höher das Bildungsniveau, desto höher ist auch der Anteil der engagierten Jugendlichen: Die Engagementquote von Gymnasiasten liegt mit 43 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei Hauptschülern (21 Prozent). Diese Tendenz hat im Vergleich zu 1999 nochmals zugenommen. Gesellschaftliches Engagement kann somit auch als ein Schichtbildendes Merkmal angesehen werden.

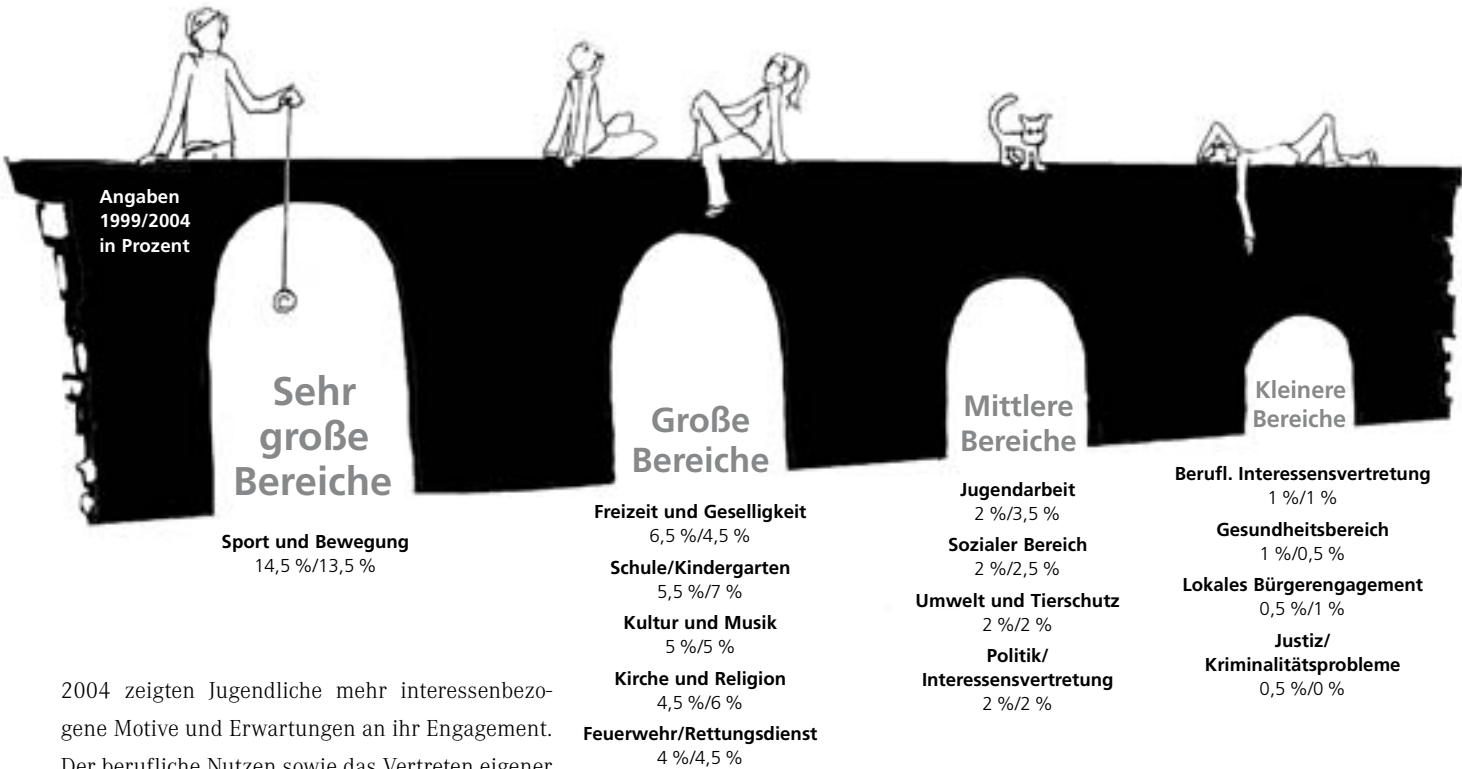
### 14- bis 25-jährige Jugendliche

	Jahr	Engagierte	Aktive	nichts davon
<b>Jugendliche: alle</b>	1999	36	37	27
	2004	36	40	24
<b>männlich</b>	1999	40	35	25
	2004	38	40	22
<b>weiblich</b>	1999	32	39	29
	2004	33	40	27
<b>Bildungsstatus: niedrig</b>	1999	33	29	38
	2004	21	41	38
<b>mittel</b>	1999	36	37	27
	2004	32	41	27
<b>hoch</b>	1999	37	40	23
	2004	43	39	18

Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004; Angaben in Prozent, Prozente gerundet



### Engagement von Jugendlichen in den verschiedenen Bereichen



2004 zeigten Jugendliche mehr interessenbezogene Motive und Erwartungen an ihr Engagement. Der berufliche Nutzen sowie das Vertreten eigener Interessen spielten somit eine wichtigere Rolle als der Spaßfaktor. Im Allgemeinen möchten jedoch alle zum Gemeinwohl der Gesellschaft beitragen.

Weitere Faktoren, die gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen fördern, sind ihre soziale Integration und Position innerhalb der Gesellschaft. Jugendliche, die einen großen Freundes- und Bekanntenkreis haben oder sich zum Beispiel an eine Kirche binden, sind zum einen besser integriert und zeigen zum anderen eine höhere Engagementquote sowie -bereitschaft. Gesellschaftliches Engagement wiederum wirkt für jeden Engagierten auch sozial integrierend.

### Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. München 2005.

Picot, Sibylle, und Sabine Geiss. Freiwilliges Engagement Jugendlicher. Daten und Fakten. Expertise zum Carl Bertelsmann-Preis 2007. Gütersloh 2007.

# Interview mit Ministerpräsident Kurt Beck

Geführt von Kai Stenull

Als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz machen Sie sich in Ihrer politischen Arbeit für gesellschaftliches Engagement stark. In welchen Bereichen haben Sie sich selbst als Jugendlicher engagiert? Und inwiefern profitieren Sie von dieser Erfahrung noch heute?

*Mein Engagement gestaltete sich vielseitig. Ich arbeitete aktiv in der Christlichen Arbeitnehmerjugend mit, war Jugendvertreter im Betrieb, später dann Vorsitzender eines Bezirkspersonalrats, hatte eine Reihe gewerkschaftlicher Funktionen inne, war ehrenamtlicher Arbeitsrichter und schließlich auch ehrenamtlicher Bürgermeister. Sie sehen, ich konnte einige eigene Erfahrungen im Ehrenamt sammeln, die mir auch heute immer noch zugutekommen.*

*Ehrenamtlich Engagierte sind sehr oft näher an Problemen dran als Politiker, und dieses Wissen der Ehrenamtlichen, das mir als Ministerpräsident in den Gesprächen entgegengebracht wird, ist sehr wichtig für mich, davon kann die Politik enorm profitieren.*

Warum liegt es Ihnen am Herzen, dass gerade auch auf Landesebene das freiwillige Engagement der Bevölkerung unterstützt wird?

*Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt ist immer ganz nah, in den Gemeinden und Städten, wo Bürgerinnen und Bürger sich organisieren, sei es im Sinne gemeinsamer Freizeitgestaltung, der Selbsthilfe oder um Aufgaben im kulturellen, sozialen oder Umweltbereich anzupacken. Ein Gemeinwesen ist immer nur so stark und lebendig, wie sich Menschen zusammenfinden und über ihre gesetzlichen Pflichten hinaus bereit sind, sich auch füreinander und das Gemeinwohl einzusetzen. Das muss jeder Landespolitik am Herzen liegen, und ich habe die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Rheinland-Pfalz schon vor langem zu einem Schwerpunkt meiner Politik gemacht.*

Welche Möglichkeiten hat die Landespolitik, gezielt das Engagement von Kindern und Jugendlichen zu fördern?

*Aus den bundesweiten Befragungen der letzten Jahre ist deutlich hervorgegangen, dass der Anteil freiwillig Engagierter unter Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren sehr hoch ist, ich glaube, an die 36 Prozent, und dass dieses Engagement von den Jugendlichen für ihr Leben als sehr wichtig angesehen wird. Dabei werden immer häufiger auch die eigenen Interessen der Jugendlichen ins Spiel gebracht, sei es, um Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern oder beruflich vom Engagement zu profitieren. Daran kann die Landespolitik anknüpfen. Wir haben daher in Rheinland-Pfalz einen Engagement- und Kompetenznachweis eingeführt, mit dem vor allem Jugendliche sich ihre im bürgerschaftlichen Engagement erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen zertifizieren lassen können, um so ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen.*

*Unternehmen wissen heute ganz genau, dass es nicht mehr nur auf fachliches Wissen bei der Einstellung eines Bewerbers ankommt, sondern auch soziale Kompetenzen ihrer Mitarbeiter,*

*Team-, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit sowie Verantwortungsbereitschaft eine große Rolle spielen, Fähigkeiten, die insbesondere im bürgerschaftlichen Engagement erworben werden.*

*Generell gilt, sei es für Kindertagesstätten oder Schulen und speziell für Ganztagschulen, Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten ihres Alltags in alle Entscheidungen über sie betreffende Angelegenheiten einzubeziehen. Darin sehe ich eine große Chance zur Demokratieerziehung durch Partizipation.*



Das Bildungsniveau hat einen deutlichen Einfluss auf das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen. Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys haben sich 2004 nur 21 Prozent der Hauptschüler gesellschaftlich engagiert. An den Gymnasien waren es dagegen 43 Prozent aller Schüler. Welche Rahmenbedingungen müssen verändert werden, um Jugendliche über alle Bildungsschichten für gesellschaftliches Engagement stärker zu interessieren und zu begeistern?

Das Bildungsniveau hat einen deutlichen Einfluss auf das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen. Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys haben sich 2004 nur 21 Prozent der Hauptschüler gesellschaftlich engagiert. An den Gymnasien waren es dagegen 43 Prozent aller Schüler. Welche Rahmenbedingungen müssen verändert werden, um Jugendliche über alle Bildungsschichten für gesellschaftliches Engagement stärker zu interessieren und zu begeistern?

*Es ist richtig, der Bildungsstatus kann als zentraler Erklärungsfaktor für freiwilliges Engagement gelten. Hier muss die Politik auf Bundes- und Landesebene ansetzen, wollen wir nicht zuschauen, wie unsere Gesellschaft beginnt, in unversöhnliche Blöcke auseinanderzudriften. Wir alle wissen, dass neben der Familie es die pädagogischen Institutionen unserer Gesellschaft sind, seien es Kindertagesstätten oder Schulen, in denen nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Verhaltensdispositionen gelernt und eingeübt werden.*

*Die Förderung sozialen Lernens, die Herausbildung von Engagementbereitschaft, von demokratischer und zivilgesellschaftlicher Handlungsorientierung muss zunehmend Teil eines modernen Bildungsverständnisses der Schule werden. Diesem umfassenden Anspruch von Bildung kann Schule allein aber kaum gerecht werden. Mit dem Modell der Ganztagschule, die sich zum Gemeinwesen hin öffnet und Kooperationen und Partnerschaften mit vielfältigen anderen Akteuren, Einrichtungen und Organisatoren der Bürgergesellschaft eingeht, nicht zuletzt mit Unternehmen, sind wir, denke ich, auf dem richtigen Weg.*

Gesellschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft sind eng miteinander verknüpft. Was ist Ihre Vision einer Bürgergesellschaft in Deutschland?

*Mein Verständnis von Bürgergesellschaft orientiert sich an einem hohen Maß an aktiver Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens und einem zugleich zentrale Aufgaben übernehmenden vorsorgenden Sozialstaat. Nur dann können sich die sozialen Bindekräfte, Solidarität, Zusammenhalt und Integration, ständig erneuern. Der Staat muss Freiräume für Eigenverantwortung, aber auch für Mitbestimmung in öffentlichen Belangen schaffen.*

*Bürgergesellschaft gründet sich auf dem Gedanken der Partnerschaftlichkeit, der Eigeninitiative und sozialen Verantwortung. Dies sind zugleich auch die zentralen Leitbegriffe eines modernen Staatswesens. Bürgergesellschaft als Leitbild verweist darauf, dass politische Gestaltung nicht eine Aufgabe von Verwaltung, Staat und professioneller Politik ist, sondern auch eine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger selbst. Bürgerschaftliche Initiativen sollten noch mehr Gelegenheit erhalten, in Diskussionsforen und anderen Beteiligungsformen ihre Stimme zu erheben und Einfluss zu nehmen. Wir haben das in Rheinland-Pfalz unter anderem mit einer fünfteiligen Bürgerkongressreihe zu wichtigen Themen der Landespolitik versucht und sehr gute Ergebnisse mit dieser neuen Dialogkultur erzielen können.*

In Deutschland hat das Ehrenamt eine lange Tradition. Wie kann die Politik diese im 21. Jahrhundert besser unterstützen?

*Ich bin sehr dafür, dass die traditionellen Verbände und Vereine des Ehrenamts, die in vielen Bereichen unseres sozialen Lebens eine großartige Arbeit in den letzten Jahrzehnten geleistet haben, diese auch fortsetzen können. Zugleich müssen wir den Prozess einer neuen Verantwortungsbalance gestalten, in dem Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neue Aufgaben übernehmen können und müssen. Mit der Initiative des Bundesfinanzministers für ein „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ wird gegenwärtig ein großer Schritt zur Schaffung von Anreizen und Erleichterungen für bürgerschaftliches Engagement im 21. Jahrhundert geschaffen. Hiervon profitiert die gesamte Gesellschaft, nicht nur die Engagierten. Zugleich muss im Aus- und Fortbildungswesen auf die Bedürfnisse der Ehrenamtlichen stärker als bisher eingegangen werden, und im Bildungswesen müssen Partizipation und Teilhabe um unserer Demokratie willen so früh als möglich eingeübt werden.*

*Die Politik kann Rahmenbedingungen aber auch noch in einer ganz anderen Weise verbessern. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wie auch die beiden Befragungen zum freiwilligen Engagement wiesen bundesweite Defizite im Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige aus. Darauf wurde mit einer Erweiterung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes und mit Versicherungsverträgen der Länder für Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz reagiert und damit die mit dem Engagement verbundenen persönlichen Risiken erheblich minimiert.*

*Auf die legitimen Bedürfnisse und Ansprüche der bürgerschaftlich Engagierten sollte die Politik in einem ständigen Dialog reagieren, und hier hat sich bereits viel getan.*



# Engagement ja – Mitbestimmung jein:

## Wie Erwachsene das Engagement Jugendlicher sehen

Von Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider und Sigrid Meinhold-Henschel

Bürgerengagement ist eine wichtige Basis für gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Auffassung setzt sich zunehmend auch in Deutschland durch. Die Entwicklung einer nachhaltigen Kultur des Engagements hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, die nachwachsende Generation schon frühzeitig für solidarisches und mitgestaltendes Handeln zu gewinnen. Denn positive Engagementserfahrungen in Kindheit und Jugend fördern die Bereitschaft, auch in späteren Lebensphasen gesellschaftlich aktiv zu sein. Welche Erfahrungsräume Jugendlichen hierfür zur Verfügung stehen, wird zu einem nicht unerheblichen Teil von Erwachsenen bestimmt.



Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Stiftung im Frühjahr 2007 eine Studie zur Sichtweise der älteren Generation auf das gesellschaftliche Engagement Jugendlicher initiiert. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden 1000 Erwachsene im Alter über 34 Jahre, repräsentativ hinsichtlich aller wichtigen soziodemographischen Merkmale wie Geschlecht, Bildungsstand oder Wohnort, telefonisch zu ihrem Bild von jugendlichem Engagement befragt.

### Engagement der Jugendlichen – erwünscht, aber ausbaufähig

Dem Engagement Jugendlicher, so ein zentraler Befund der Studie, wird ein hoher Stellenwert für die gesellschaftliche Entwicklung zugesprochen. Der Aussage „Das gesellschaftliche Engagement Jugendlicher ist wichtig für unsere Gesellschaft“ stimmten 93 Prozent der Befragten zu. Allerdings wird die tatsächliche Bereitschaft Jugendlicher, sich in die Mitgestaltung des Gemeinwesens einzubringen, skeptisch beurteilt: Insgesamt 67 Prozent der Erwachsenen schätzen das Ausmaß des Engagements junger Menschen als niedrig oder sehr niedrig ein, und fast ebenso viel Befragte sind der Auffassung, dass sich junge Menschen im Vergleich zur älteren Generation zu wenig für gesellschaftliche Belange engagieren. →

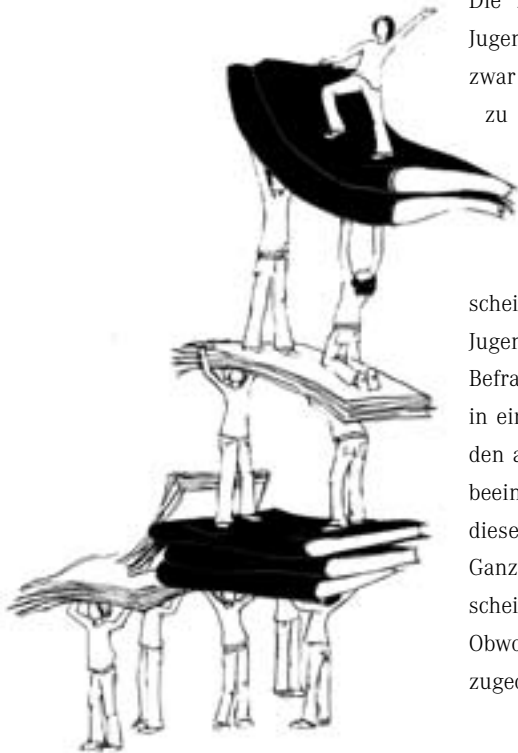


Technisch-soziale Experten, politisch-gesellschaftliche Laien

Jugendliche werden durchaus als kompetent erlebt: So attestieren ihnen 73 Prozent der Befragten, gut mit anderen Menschen umgehen zu können, und 92 Prozent anerkennen ihre ausgeprägten technischen Fähigkeiten. Ein sicheres politisches Urteilsvermögen hingegen wird ihnen lediglich von 36 Prozent der Erwachsenen zugebilligt. Zwei Drittel der Befragten sind sogar der Ansicht, dass es Jugendlichen an den notwendigen Kompetenzen fehle, um sich für gesellschaftliche Belange zu engagieren.

Mitbestimmen erwünscht, bestimmen unerwünscht

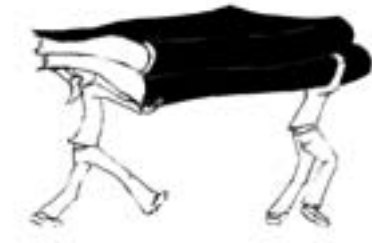
Die Zweifel an der politisch-gesellschaftlichen Kompetenz von Jugendlichen könnten auch ein Grund dafür sein, dass Erwachsene zwar in hohem Maße bereit sind, Jugendlichen Entscheidungsmacht zu übertragen, wenn es um Fragen der individuellen Lebensgestaltung geht, weit weniger jedoch, wenn dies Auswirkungen auf die Allgemeinheit hat. So wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie die Entscheidungsmacht zwischen Jugendlichen und Erwachsenen bei unterschiedlichen Entscheidungssituationen aus dem Lebensbereich eines 16-jährigen Jugendlichen verteilt werden sollte. Im Durchschnitt gaben die Befragten an, dass die Wahl des Berufs zu 76 Prozent, der Eintritt in eine politische Partei zu 65 Prozent und die Entscheidung über den angestrebten Schulabschluss zu 59 Prozent durch Jugendliche beeinflusst werden sollte. Erwachsene schreiben sich hinsichtlich dieser Entscheidungen somit eine eher mitbestimmende Rolle zu. Ganz anders sieht das Antwortverhalten aus, wenn es um Entscheidungen geht, von denen eine breite Öffentlichkeit betroffen ist. Obwohl von der Mehrheit der Befragten Jugendlichen Eigenschaften zugeordnet werden, die als Voraussetzung für die Übernahme von



Verantwortung angesehen werden, wie z. B. Intelligenz, Durchsetzungsfähigkeit und Loyalität, lehnen Erwachsene für diesen Bereich Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten junger Menschen eher ab. So sprechen sich 72 Prozent der Befragten gegen die Einführung des Wahlrechts auf Bundesebene ab 16 Jahren aus.

Zukunftsfähigkeit von Jugendlichen – Grund zur Besorgnis

Erwachsene sehen einerseits mit viel Wohlwollen auf die Jugend von heute. Auch wenn gut 76 Prozent der Befragten der Lebensführung von Jugendlichen kritisch gegenüberstehen, findet doch die ganz große Mehrheit Jugendliche sympathisch (92 Prozent) und fühlt sich in deren Gegenwart wohl (88 Prozent). Eine ausgeprägte Besorgnis besteht aber seitens der Erwachsenen hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der jungen Generation. Fast 38 Prozent der Jugendlichen werden, so urteilen die Befragten im Durchschnitt, den künftigen Herausforderungen der Gesellschaft nicht gewachsen sein. Mehr als ein Drittel der befragten Erwachsenen glaubt sogar, dass dieser Anteil höher als 50 Prozent ist.



Fazit

Gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen ist nach Meinung der Erwachsenen wichtig. Skepsis besteht hinsichtlich der Fähigkeit Jugendlicher, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Gleichzeitig haben die Befragten erhebliche Bedenken hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der nachwachsenden Generation.

Die Verankerung von gesellschaftlichem Engagement als Bildungsziel kann vor diesem Hintergrund als Chance gesehen werden, gerade die jungen Menschen in jener Kompetenzentwicklung zu fördern, die in lehrerzentrierten Unterrichtsformen nicht hinreichend unterstützt wird. Gleichzeitig bietet die Öffnung der Bildungseinrichtungen zum Gemeinwesen Chancen für einen Dialog zwischen den Generationen, der dazu führen kann, die vorhandene Kompetenz von Kindern und Jugendlichen stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und ihnen mehr Vertrauen in gesellschaftspolitischen Fragen entgegenzubringen.

Literatur:  
Schneider, Helmut. „Erwachsenenperzeption als Engagementbarriere? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur Wahrnehmung Jugendlicher durch Erwachsene“. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Vorbilder bilden – gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel. Gütersloh 2007.

# „Schüler Helfen Leben“ – für Jugendliche in Südosteuropa

## 6 Tage – 1 Mio. Schüler – 14 Mio. Euro

Von Ulla Keienburg

„Was ist Kosovo?“, fragten Schüler Berliner Bürger auf der Straße. „Eine Kneipe hier in der Nähe? Eine Großstadt in Russland? Ein Weihnachtsgebäck?“ Diese Antworten spiegeln deutlich: „Die politische Lage auf dem Balkan ist so kompliziert, dass sie in den Medien gar nicht mehr präsent ist“, so Rüdiger Ratsch-Heitmann, Geschäftsführer von „Schüler Helfen Leben“ e. V. (SHL), der ersten von Schülern gegründeten Stiftung in Deutschland. Nicht nur deshalb hat z. B. Frederic in der Bundesgeschäftsstelle in Neumünster alle Hände voll zu tun. Er leistet, wie Nelly, Jens, Andrea und Ines, sein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) bei „Schüler Helfen Leben“.



Straßenarbeit im Unterricht



Der Soziale Tag steht ins Haus. Seit 1998 arbeiten Schüler bereits das siebte Mal einen ganzen Tag gemeinsam für Jugendliche in Südosteuropa – seit 2006 endlich bundesweit und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Damit sich die Kinder und Jugendlichen an diesem Tag auch effektiv und gewinnbringend zum Zäunestreichen, Zeitungenaus tragen oder Brötchenbacken „vermieten“ können, reisen neben den Aktiven auch die „FSJler“ durch die Lande und besuchen Schulen.

Dort berichten sie den Schülern und Lehrern von Friedens- und Versöhnungsarbeit, vom gelungenen Wiederaufbau zerstörter Schulen und von den laufenden Projekten in Bosnien, Albanien, Serbien, Kosovo und Rumänien. Sie geben Antworten auf die Fragen, was, wie und warum sie mit den Jugendlichen auf dem Balkan arbeiten, berichten über Abenteuer, Menschen, den Verein und die Stiftung „Schüler Helfen Leben“ (SHL). So unterstützen sie die Vorbereitungen dieses „Gemeinsamen Schuftens für einen guten Zweck“,

wie sie es selbst in ihrer eigenen Zeitschrift „Starter“ formulieren.

Ausgerüstet sind sie bei ihren Schulbesuchen mit einer fingerdicken DIN-A4-Broschüre, mit allen wichtigen Infos zu der Schüler- und Jugendorganisation, „die ihre Arbeit professionalisiert hat, ohne unsympathisch zu werden“, sagt Julia Salden, 31, eine der Freiwilligen aus den Anfangsjahren des Projektes. Die Broschüre ist ein wahrer Schatz: Neben ausführlichen Infos zu den politischen Verhältnissen auf dem Balkan und dort laufenden Projekten finden sich zahl-



Ich glaube Jens hat manchmal auch  
hier auf's Klo:  
Moses, wenn du das liest:  
Augen zu und RAUUUS!!!  
-> Was? Das gibts ja wohl nicht!!!  
HAB KEINE  
ST. KAT



Grundsteinlegung und Eröffnung der Jugendbildungsstätte in Križeviči



genommen wird. Alles liegt in den Händen der Jugendlichen. Darauf legen sie Wert. Egal ob sie ein Praktikum machen, ob sie als „FSJler“ im In- oder Ausland arbeiten oder ob sie bei einem zehntägigen Camp in Bosnien die Arbeit von SHL näher kennenlernen, eines wissen die Aktiven des Vereins schon lange: Sie müssen von sich hören lassen, über ihre Arbeit sprechen, schreiben, müssen sich zeigen – ohne Medienpartner, ohne Öffentlichkeit, ohne Geld

reiche Leitfäden für Ausstellungen, Infostände, runde Tische und Veranstaltungen aller Art, mit denen Jugendliche in Eigenregie Geld für die Gleichaltrigen auf dem Balkan sammeln können. Ebenso gibt es hier auch Antworten auf die meistgestellten Fragen zum Sozialen Tag. Acht Jugendliche stemmen als „FSJler“ die Arbeit der beiden Bundesgeschäftsstellen in Neumünster und in Nürnberg. Sogar im Vorstand ist niemand älter als 22. Keiner bleibt dort länger als ein Jahr im Amt. Schüler bestimmen auch, für welche Projekte sie das Geld ausgeben, das am Sozialen Tag ein-

geht das nicht. „Wir brauchen und haben gute Partner“, sagt Jens, zuständig für die Akquise, und zählt auf: „Nokia ist Hauptsponsor und gibt Geld, der NDR ist Medienpartner, Hermes transportiert alle Päckchen und Pakete, Verlagshäuser drucken günstig unsere Zeitschrift, die Plakate und die Flyer, die Sparkassenversicherungen versichern alle Schüler in Aktion – alle gemeinsam sponsern den Sozialen Tag und vor allem die Informationsarbeit des Vereins.“ Das durch den Sozialen Tag erwirtschaftete Geld geht zu 45 Prozent direkt in die Projekte von

„Schüler Helfen Leben“, 45 Prozent stocken das Stiftungskapital auf, dienen also der langfristigen Absicherung der Projekte auf dem Balkan, und von 10 Prozent muss alles andere finanziert werden. Das reicht nicht immer: „Wir freuen uns über jeden, der uns hilft“, bestätigt Rhys Nölke, Initiator des Sozialen Tages. SHL hat neben Bundespräsident

verfeindeten Volksgruppen, Sommerschulen für Roma und der Aufbau von Schülervertretungen. Ziel: Demokratisierung, friedlich.

„Das hat uns niemand aufgetragen. Wir haben einfach gemacht. Wir haben uns nicht beirren lassen. Dank des Sozialen Tages und einer guten



Die Arbeit ruft ... an: Frederic (19 Jahre) im Bundesbüro koordiniert die Einsätze



Schüler Helfen Leben  
Bundesbüro  
Kaiserstraße 12  
24534 Neumünster  
  
Katharina Goergens  
Tel.: +49 4321 4890671  
katharina.goergens@schueler-helfen-leben.de  
  
[www.schueler-helfen-leben.de](http://www.schueler-helfen-leben.de)

Horst Köhler viele weitere prominente Fürsprecher und Schirmherren, so z. B. die Ministerpräsidenten der Länder, die Bundesvorsitzende von UNICEF, Heide Simonis, Ex-Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert und auch die Popgruppe Juli.

Als 1992 die ersten Schüler mit Hilfsgütern in die Flüchtlingslager auf dem Balkan fuhren, trafen sie dort auf Hunger nach Bildung, Hoffnung und Zukunft. Das hat sie motiviert, und sie sammelten immer wieder Geld. Nach der humanitären Hilfe folgte Bildungsarbeit für die Jugendlichen der

Öffentlichkeitsarbeit wissen hier immer mehr Menschen um die politischen Verhältnisse und die Situation der Jugend in Südosteuropa. So sorgen wir auch dafür, dass Jugendliche hier in Deutschland gezielt gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können. Hier lernen die Jugendlichen von und schufteten mit Schülern für Gleichaltrige auf dem Balkan.“ Nelly, Ines und Andrea sind sich einig: „Unsere Aufgabe heißt hier wie dort: Hilfe zur Selbsthilfe!“

# Interview mit Prof. Dr. Thomas Olk

Geführt von Barbara Lich

Prof. Olk, junge Menschen sind egoistisch und haben kein Interesse, sich für andere zu engagieren. Ein Pauschalurteil, das man häufig hört. Was ist dran?

*Lange Zeit hat man gedacht, Kinder und Jugendliche engagieren sich weniger als andere. Aber das stimmt nicht. Beim Freiwilligensurvey – der Untersuchung der Bundesregierung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland – stellte man 1999 fest, dass sich 37 Prozent der 14- bis 24-Jährigen engagieren. Das war damals eine Überraschung! Und der Wert blieb stabil: Auch bei der Folgeuntersuchung fünf Jahre später kam heraus, dass 36 Prozent der jungen Leute bürgerschaftlich aktiv sind. Erhöht hat sich zudem die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden – die sogenannte Gemeinschaftsaktivität. Bei diesen Menschen ist die Schwelle zu bürgerschaftlichem Engagement schon viel niedriger. Ich erwarte in der Gruppe der 14- bis 24-Jährigen zwar keine riesigen Sprünge mehr, aber ausgeschöpft sind die Potenziale noch nicht.*

In welchen Bereichen engagieren sich die jungen Menschen?

*In allen Bereichen, die mit ihrem primären Lebensumfeld zu tun haben: in Sportvereinen, in der Freizeit, in der Schule, der Kirche, der Jugendarbeit und im Bereich Musik und Kultur. Weniger interessiert sind sie an politischem Engagement in Parteien oder Organisationen und auch im sozialen Bereich, genauer: im Wohlfahrtswesen. Generell gilt: Das Engagement ist immer stark auf ihre Interessen, also auf Hobbys oder auch berufliche Ambitionen bezogen. Sie engagieren sich zum Beispiel eher, wenn ein bestimmtes Zertifikat in der Bewerbungsmappe später ein Pluspunkt sein könnte.*

Wie stark ist bürgerschaftliches Engagement von Faktoren wie der sozialen Herkunft abhängig?

*Ganz klar: Je höher der formale Bildungsgrad, desto höher das Engagement. Dieser Trend verstärkt sich. Außerdem haben sich die Milieubindungen gelockert. Früher war die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Jugendlicher im katholischen Münsterland in der Pfadfinder- oder Jugendgruppe der Gemeinde engagierte, sehr hoch. Diese selbstverständliche Bindung an die Kirche gibt es heute nicht mehr. Junge Menschen müssen sich für bürgerschaftliches Engagement selbst aktivieren.*

... und haben doch viel weniger Zeit als früher, oder?

*Das kommt hinzu. Sie sollen alles auf einmal erledigen, Schule, Beruf, Familie. Die Zeitknappheit spielt eine wichtige Rolle. Zudem konkurrieren Vereine und Verbände mit der Schule, mit kommerziellen Angeboten und den Medien. Jugendverbände sind nur noch ein Angebot in einer Fülle von vielen.*

Wie gehen Verbände und Vereine damit um?

*Sie haben Schwierigkeiten, sich und ihre Strukturen an die jungen Menschen anzupassen. Jugendliche haben Interesse, sich zu engagieren, aber sie wollen sich nicht zu fest oder zu langfristig binden, etwa durch Vorstands- oder*



*Aus den Traditionen der Verbände ergeben sich Barrieren bürgerschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen. Die Konsequenz: Die Verbände müssen noch sensibler und flexibler werden.*

*Funktionärsarbeit. Sie haben keine Lust auf langatmige Sitzungen. Aus den Traditionen der Verbände ergeben sich Barrieren bürgerschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen. Die Konsequenz: Die Verbände müssen noch sensibler und flexibler werden.*

Wie kann diese Flexibilität aussehen?

*Man kann Vereinsarbeit auf mehrere Schultern verteilen und so den Einzelnen entlasten. Man kann das eigene Angebot in die Nischen einpflanzen, die den jungen Menschen bleiben – auch in zeitlicher Hinsicht. Man kann Mitarbeit und Engagement projektbezogener und weniger langfristig gestalten. Das geht, wenn man sich geschickt organisiert. Kürzlich berichtete der Vertreter einer Pfadfindergruppe, wie sich der Verband mit Erfolg auf einen neuen Weg gemacht hat: mit neuem Logo, neuem Leitbild, neuen Strukturen. So kann man zeitgemäße Formen des Engagements schaffen.*

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Schule?

*Verbände, Vereine und Bildungseinrichtungen – schulisch oder außerschulisch – müssen sich öffnen und kooperieren. Das ist für alle Seiten nicht ganz einfach. Verbände verstanden sich bislang als das genaue Gegenteil von Schule: Es ging um Freiwilligkeit versus Pflicht. Diese Frontstellung muss sich auflösen. Schulen und Verbände müssen sich öffnen und aufeinander einlassen. In der Organisation der Ganztagsbetreuung zum Beispiel. Der örtliche Musikverein könnte nachmittags die Organisation des Schulorchesters übernehmen. Ähnliche Kooperationen sind mit Sportvereinen möglich. Aber auch Verbände, die sich mit Ökologie, Umwelt und Natur beschäftigen, wären für Schulen eine Bereicherung. Nicht zuletzt ließe sich so formales und non-formales Lernen verknüpfen. Die Verbände wiederum hätten die Chance, sich an neue Gruppen heranzutasten. Auch an die „Engagementfernen“.*

Was ist Ihre Hoffnung für die Zukunft?

*Dass die Scheinpartizipation abnimmt, Veranstaltungen also, die Beteiligung nur simulieren. Die Ideen von Kindern und Jugendlichen müssen ernst genommen werden. Junge Leute wollen Ergebnisse sehen. Sie müssen merken, dass sich ihr Engagement lohnt. Hier sind die Erwachsenen gefordert: Es geht um die Bereitschaft, die eigene Macht mit Kindern und Jugendlichen zu teilen.*

# Ham Se jedient?

## Die Bedeutung des gesellschaftlichen Engagements für die Berufswelt

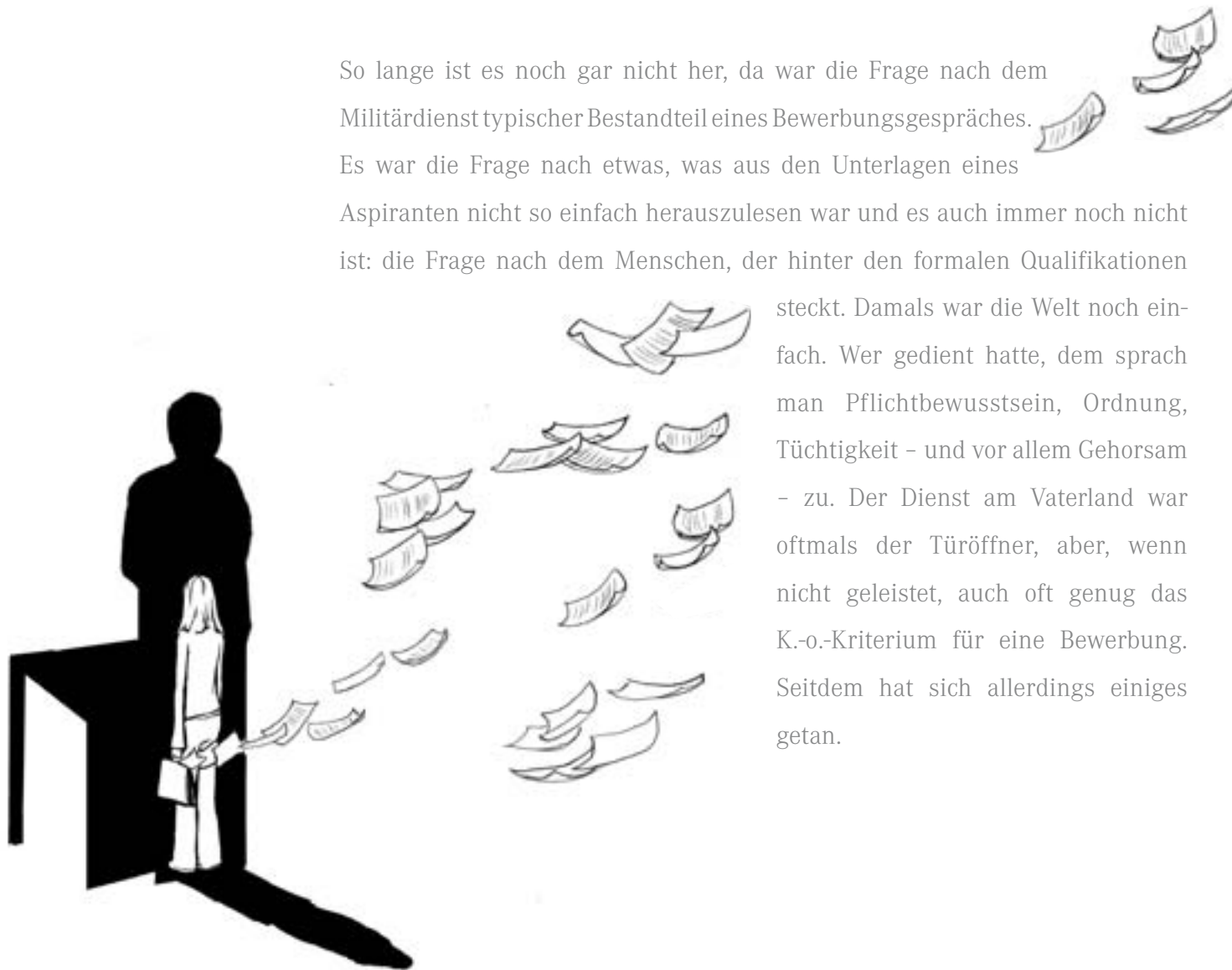
Von Jonathan Przybylski

So lange ist es noch gar nicht her, da war die Frage nach dem Militärdienst typischer Bestandteil eines Bewerbungsgespräches.

Es war die Frage nach etwas, was aus den Unterlagen eines

Aspiranten nicht so einfach herauszulesen war und es auch immer noch nicht ist: die Frage nach dem Menschen, der hinter den formalen Qualifikationen

steckt. Damals war die Welt noch einfach. Wer gedient hatte, dem sprach man Pflichtbewusstsein, Ordnung, Tüchtigkeit – und vor allem Gehorsam – zu. Der Dienst am Vaterland war oftmals der Türöffner, aber, wenn nicht geleistet, auch oft genug das K.o.-Kriterium für eine Bewerbung. Seitdem hat sich allerdings einiges getan.



### Veränderungen in der Arbeitswelt

Der Wandel der Arbeitswelt vollzieht sich rasant und stellt Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vor die Herausforderung, sich Veränderungsprozessen immer schneller anpassen zu müssen. In einer Gesellschaft, in der Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor wird, werden immer weniger Spezialisten gesucht, sondern vielmehr Allrounder, die sich auf variierende Aufgaben einstellen können. Die Arbeitswelt diffundiert zu einem Konglomerat aus Informations- und Kommunikationstechnologien, aus kurzen Innovationszyklen, zunehmender Umfelddynamik und dem Einsatz neuer Technologien – was zu einer erheblichen Verkürzung der Halbwertszeiten des einmal erlernten Wissens und vorhandener Qualifikationen führt. Für die Arbeitnehmer bedeutet dies eine signifikante Zunahme an Anforderungen: zum einen das ständige Auffrischen des fachlichen Wissens im Sinne eines lebenslangen Lernens und zum anderen ein bereits zum Berufseinstieg ausgeprägtes Vermögen an sozialen und personalen Kompetenzen – auch „Schlüsselqualifikationen“ oder „soft skills“ genannt. Dies gilt – und das ist neu – nicht mehr nur für den Führungskräftenachwuchs und Anwärter auf andere hoch qualifizierte Jobs, sondern trifft inzwischen auch für die mittleren und niedrigen Qualifikationsniveaus zu.

Diese „soft skills“, die dabei vonnöten sind, werden also zu „key skills“. Problematisch ist dabei allerdings, dass hier auch die größten Defizite liegen: Wohlbekannt ist das Klagelied der Unternehmen über die mangelhafte Ausbildungsfähigkeit der heutigen Jugend. Aber nicht nur die Qualifizierung der „bildungsfernen Schichten“ fällt schwer. In einer Studie der IHK Dresden zu den Erwartungen der Betriebe an Hochschulabgänger sind über die Hälfte der befragten Unternehmen der Ansicht, dass mangelhafte soziale und personale Kompetenzen das größte Problem bei der Suche nach geeigneten Fachkräften darstellen.





Was folgt, ist das klassische Spiel der Zuweisung von Verantwortung: Die Unternehmen sehen das Übel wahlweise in der zu eindimensionalen Ausrichtung der Hochschulen auf die Vermittlung von Wissen, der Überforderung der Hauptschule oder im Versagen der Eltern bei der Erziehung. Aus der Politik kommt der Appell an die Verantwortung der Unternehmen, etwa bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Die Schulen schimpfen auf die Eltern, die grundlegende Sozialisationsaufgaben nicht mehr wahrnehmen, und auf die Politik, deren Schulstrukturen zu Ausgrenzung und Benachteiligung führen. Die Eltern schließlich wollen für ihr Kind doch einfach immer nur das Beste.

Lernen durch gesellschaftliches Engagement

Die Bedeutung personaler und sozialer Kompetenzen für das Arbeitsleben steigt also. Doch woher kommen diese Kompetenzen? Und wie werden sie vermittelt?

Die Unternehmen versuchen sich an den Symptomen. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung werden große Summen in die Mitarbeiterentwicklung gesteckt. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln geben Firmen hierzulande etwa fünf Milliarden Euro aus, um ihre Mitarbeiter teamkompetent, kommunikativ oder konfliktfähig zu machen – pro Jahr! (Vgl. Werner 2006). Und auch an den Universitäten lassen sich inzwischen Kurse zur Einübung von Schlüsselqualifikationen belegen. Doch können diese für den Beruf

so wichtigen Fähigkeiten wirklich effektiv über Seminare erworben werden? Oder gibt es auch andere Wege?

Bereits vor Jahrzehnten kam die von der UNESCO eingesetzte Faure-Kommission zu der Erkenntnis, dass informelles – also von formalen Lernkontexten entkoppeltes – Lernen etwa 70 Prozent allen menschlichen Lernens ausmacht. Neben den klassischen Bildungskontexten wie Schule existieren also auch andere Lernorte, denen eine hohe Bedeutung zukommt. Dabei sind die informell oder non-formal erworbenen Fähigkeiten nicht substituierend, sondern komplementär zum Lernen im institutionalisierten Bildungsprozess zu sehen.

Hier offenbart sich das Dilemma des Lernens in informellen Kontexten: Es ist schwer empirisch zu erforschen und noch schwerer zu vergleichen. Der Wunsch nach Standardisierung und Vergleichbarkeit à la PISA oder TIMMS lässt sich im informellen Raum nicht so einfach realisieren. Obwohl erst seit kurzem Gegenstand der Forschung, ist es aber unstrittig, dass auch dort Kompetenzen erworben werden.

Im Folgenden soll der Kompetenzerwerb, der in Settings des freiwilligen Engagements geschieht, in den Vordergrund gerückt werden. Während das Lernen in der Schule sehr bewusst als solches wahrgenommen wird, findet Lernen im Engagement meist unbewusst statt und wird selten als solches reflektiert. Dennoch ist freiwilliges Engagement geeignet, gesellschaftliche Fähigkeiten (soziale und personale Kompetenzen) zu fördern: Organisationstalent, Führungsfähigkeit, Konfliktlösungspotenzial, Teamfähigkeit, unter-

nehmerisches Denken, Lernbereitschaft, Kreativität – all diese Dinge werden im Kontext des Engagements erfahr- und erlernbar – ob in der Mitarbeit in der Kirchengruppe, der Gewerkschaft, im Verein oder in projektbezogenen Gruppen. Der „Ernstfall“ Engagement übt Verantwortungsübernahme ein, die in konstruierten Settings nur schwer gelernt werden kann.

Probleme der personalwirtschaftlichen Praxis

In der Personalwirtschaft gibt es zahlreiche Instrumente, die sich mit der Messung und Bewertung von sozialen und personalen Kompetenzen befassen – Analysen, Kompetenzgitter, -raster oder -bilanzen, personalwirtschaftliche Ansätze wie das „Total Quality Management“, die „Balanced Scorecard“ oder auch strukturierte Vorstellungsgespräche oder Assessment-Center seien hier nur beispielhaft erwähnt.

Allerdings stehen die meisten Unternehmen informell erworbenen Kompetenzen – zumindest im Recruitingprozess – immer noch skeptisch gegenüber. Aufgrund des oben beschriebenen Mangels an Mess- und Vergleichbarkeit ist das sicherlich verständlich. Der formale Bildungsabschluss bleibt daher die klassische Eingangsbarriere zum Berufsleben.

Dennoch ist die Relevanz des Themas den Unternehmen vielerorts mittlerweile bewusst. In etlichen Bereichen werden

Bewerbungsunterlagen gezielt nach Aussagen hinsichtlich gesellschaftlichen Engagements gescannt. Gerade dort, wo formale Bildungsnachweise in ihrer Aussagekraft eingeschränkt sind (z. B. kann ein angehender Auszubildender in der Regel nur sein Schulzeugnis vorlegen), gewinnen sonstige Aktivitäten an Bedeutung. Bei berufserfahrenen Bewerbern gilt weiteres Engagement jedoch maximal als Bonus. In manchen Bereichen, so zum Beispiel bei kirchlichen Trägern, war das Engagement der Bewerber immer schon ausschlaggebendes Kriterium. Gerade im sozialen oder pflegerischen Bereich existiert ein sehr bewusster Umgang mit dem Einstellungskriterium Engagement.

Während in der unternehmerischen Praxis individuell bereits seit langem nach Methoden der Messung und Bewertung von sozialen und personalen Kompetenzen gesucht wird, gibt es keinen übergeordneten strategischen Ansatz, der diese Suche in Verbindung zu gesellschaftlichem Engagement setzt. Zwar existieren zahlreiche Versuche einer Zertifizierung. Ein Beispiel von vielen ist der sogenannte „Qualipass“ in Baden-Württemberg, der 2002 sogar durch eine Werbekampagne mit dem Titel „Kompetent im Ehrenamt – erfolgreich im Beruf“ promotet wurde. Durchsetzen konnte sich in der unübersichtlichen Vielfalt jedoch bislang keines der Konzepte. Diese sind in der Praxis weitgehend unbekannt oder werden aufgrund der komplizierten Zurechenbarkeit bestimmter Kompetenzen zum Engagement eher skeptisch gesehen. ➔

**LiSU – Lernen im sozialen Umfeld**

Das Forschungsprojekt Kompetenznachweis „Lernen im sozialen Umfeld“ (2004–2006) des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI) befasste sich mit der Erfassung, Darstellung und Bewertung von Kompetenzen, die im sozialen Umfeld erworben werden. Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds geförderten Projektes war die Entwicklung eines Instruments, durch das diese Kompetenzen für Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und Engagierte transparent gemacht werden können. Die Ergebnisse des DJI zeigen, dass die Etablierung einer neuen „Anerkennungskultur“ notwendig ist, um eine Integration der informellen Lernprozesse in die Konzepte von Erwachsenenbildung, Bildungspolitik und betrieblicher Personalentwicklung zu fördern.

Der Abschlussbericht ist im Internet verfügbar:  
[www.dji.de/bibs/KN\\_LisU\\_Abschlussbericht.pdf](http://www.dji.de/bibs/KN_LisU_Abschlussbericht.pdf)



**Mehr Offenheit für gesellschaftliches Engagement**

Dennoch wird der Weg der Zertifizierung durchaus beschritten und von vielen Seiten versucht. Er bietet sicherlich eine Möglichkeit, gesellschaftlichem Engagement mehr Anerkennung zu verleihen. Allerdings ist es fragwürdig, standardisierte Verfahren für einen sehr individuellen Prozess etablieren zu wollen.

Die im Engagement tatsächlich und sehr unterschiedlich erworbenen Kompetenzen lassen sich dadurch nicht besser vergleichen. Dieser Wunsch ist den Personalern leider nicht zu erfüllen. Mehr noch: Ein kompliziertes Zertifizierungsverfahren kann vielmehr auch negative Folgen haben. Bereits jetzt ist die Zugangswahrscheinlichkeit zu Engagement durch den Bildungsstand determiniert. Zusätzliche bürokratische Barrieren würden die Chancen, aus diesem Instrument Nutzen für den Berufseinstieg zu ziehen, insbesondere für die bildungsschwächeren Bevölkerungsgruppen mindern. Weitere Ausgrenzung wäre die Folge. Auch ist das Interesse der meisten Engagierten nicht zielgerichtet: Man engagiert sich in der Regel aus intrinsischen Motiven – nicht, um später im Berufsleben bessere Chancen zu haben. Ein Zertifikat verkennt diese Situation.

Wie auch dieses Beispiel zeigt, ist die Debatte über neue Möglichkeiten zur Stärkung der Berufsfähigkeit in vollem Gange. Immer deutlicher setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine rein formale Ausbildung nicht mehr ausreicht, um für das lebenslange Lernen gerüstet zu sein. In den USA rückt daher zunehmend die Jugend – und damit die Schulen – in den Fokus. Eine US-Studie kam 2006 folgerichtig zu der Empfehlung, projektbasiertes Lernen in der Schule stärker zu fördern. Auch die Unternehmen sehen sich hier in der Verantwortung, bereits junge Menschen in ihren sozialen und personalen Fähigkeiten – in ihrem Engagement für andere – zu fördern.

„Leadership and professionalism are two skills that are critical to young people’s success in the workplace and in life. Supporting positive youth development is one way that business can help ensure that young people get the opportunities they need to develop these important skills“, so Jennifer Hunter, die Vizepräsidentin von Philip Morris, USA (The Conference Board 2006: Seite 39). Hinter diesem amerikanischen Weg steckt ein diametral gegensätzlicher Ansatz zum bisherigen deutschen Weg. Wurde hierzulande bislang versucht, die Symptome zu lindern, setzen die Unternehmen – und das ist vor dem Hintergrund ihrer üblichen Weigerung, Verantwortung zu übernehmen, bemerkenswert – in den USA inzwischen auf eine Behandlung der Ursachen. Die Grundlagen für eine nachhaltige Berufsfähigkeit und lebenslanges Lernen werden früh gelegt. Kinder und Jugendliche müssen Techniken zur Adaption neuen Wissens lernen und Strategien entwickeln, um auf Veränderungsprozesse reagieren zu können. Sie brauchen Lebenskompetenzen – im Sinne „sozialen und kulturellen Kapitals“ –, die sie auf ihre Rolle als aktive Bürger vorbereiten. Hier ist das gesellschaftliche Engagement – inner- und außerhalb der Schule – ein geeignetes Betätigungsfeld.

Dafür brauchen wir mehr Verständnis und Akzeptanz innerhalb der Unternehmen und der Gesellschaft im Sinne einer neuen Anerkennungskultur. Informelle Lernprozesse – insbesondere im gesellschaftlichen Engagement – müssen als Chance wahrgenommen werden, die oft beklagten Defizite sozialer und personaler Kompetenzen ausgleichen zu können.

**Daher brauchen wir:**

- Unternehmen, die im Engagement ihrer Mitarbeiter etwas Positives sehen und dies aktiv befördern; die informelle Lernprozesse in die betriebliche Personalentwicklung integrieren; die bei der Personalrekrutierung sich der Kompetenzen bewusst sind, die außerhalb von formalen Bildungskontexten

- entstehen, und die sich ihrer Verantwortung für die nachfolgende Generation – der Mitarbeiter von morgen – nicht entziehen,
- die Politik, die inner- und außerhalb ihrer Bildungsinstitutionen die Rahmenbedingungen schaffen muss, damit Lernen außerhalb oder in Verbindung mit Schule allen Kindern und Jugendlichen offensteht und Ausgrenzung vorgebeugt werden kann,
- Akzeptanz in der Bildungslandschaft dafür, dass es auch Lernprozesse außerhalb von Leistungsstands- und Vergleichstests gibt,
- einen Sektor an gemeinnützigen Organisationen und Projekten, der Kindern und Jugendlichen die Chance zur Partizipation bietet.

**Also: Ham Se jedient?**

Nein! Denn um heutzutage im Leben und im Beruf zu bestehen, bedarf es eben weit mehr als nur befehlen und gehorchen zu können.

**Studien:**  
IHK Dresden. Erwartungen der Wirtschaft an Hochschulabsolventen. Ergebnisse einer Umfrage bei IHK-Betrieben. Dresden 2004.  
The Conference Board, Corporate Voices for Working Families, the Partnership for 21st Century Skills, and the Society for Human Resource Management (Ed.). Are they really ready to work? – Employer’s Perspectives on the Basic Knowledge and Applied Skills of New Entrants to the 21st Century U.S. Workforce. 2006.  
Werner, Dirk. „Trends und Kosten der betrieblichen Weiterbildung – Ergebnisse der IW-Weiterbildungserhebung 2005“. IW-Trends, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (33) 1 2006.

# Sozial macht Schule

## Löwenhunger – wenn nicht nur der Magen knurrt ...

Von Ulla Keienburg

„Ich habe Hunger!“, unüberhörbar stürmt David durch die offene Tür des Löwenhauses. Er kommt aus der Schule. Es ist 13.30 Uhr, Hamburg-Harburg, Phoenix-Viertel. Während er auf die Speisekarte zurennt, begrüßt ihn Robert, 21, ruhig und herzlich. Er kennt David schon lange. Robert weiß, dass der Hauptschüler mittags nichts zu essen bekommt und dass er und seine kleine Schwester Vanessa den Nachmittag entweder allein zu Hause oder auf der Straße herumgammeln würden – gäbe es da nicht den Arbeiter-Samariter-Bund mit Rainer Micha und Schulleiter Hermann Krüger, und seit April 2006 deren gemeinsames „Löwenhaus für Kinder“, die vielen Spender wie die PSD Bank, die Deutsche BP oder die Aktion Mensch ..., vor allem aber: die Sozialpraktikanten, alle Schüler und Freiwillige des Projektes „Sozial macht Schule“ (SMS).



Die Projektväter Hermann Krüger, Schulleiter, und Rainer Micha, ASB

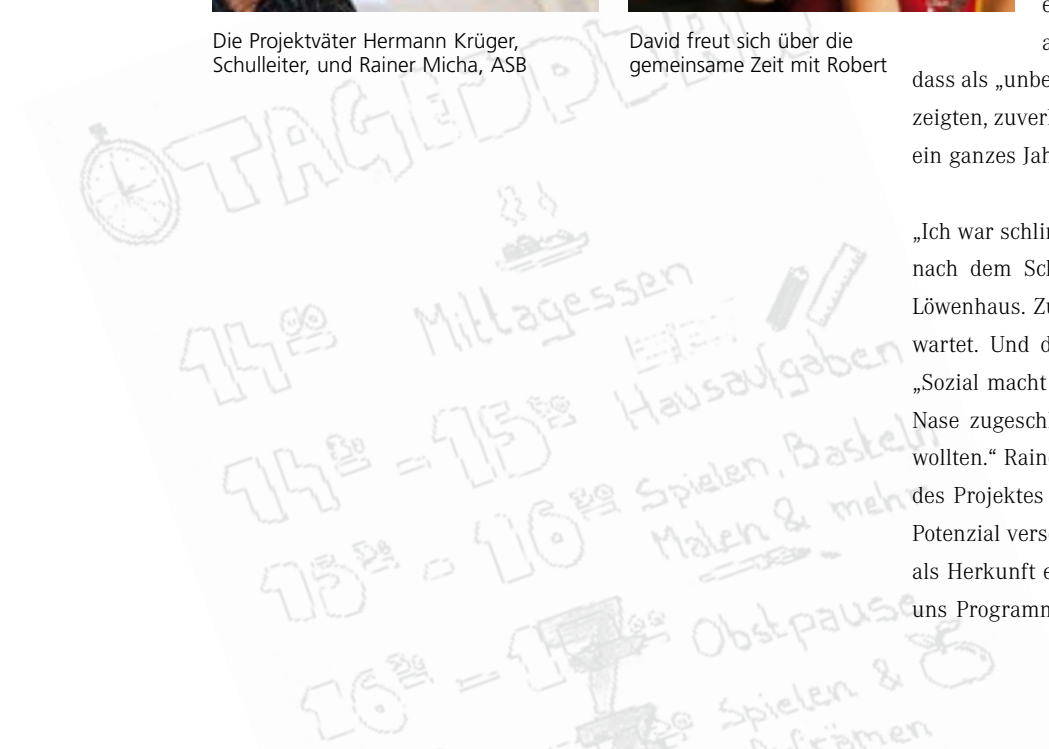


David freut sich über die gemeinsame Zeit mit Robert

Das Projekt gibt es seit 1999. Die Jugendlichen erkunden ihre Stadtteile, beschäftigen sich mit der Vergangenheit, interviewen Überlebende des Holocaust oder schreiben und spielen Theater. Den gewohnten Schulwandertag gibt es nicht mehr. Die Schüler machen sich an diesen Tagen mit Senioren oder Behinderten auf den Weg Richtung Zoo oder Weihnachtsmarkt. „Schwellen- und Berührungsängste sollen damit abgebaut werden“, heißt es in der Projektbeschreibung von „Sozial macht Schule“. Sie werden abgebaut.

Etwas ängstlich offerierte Hermann Krüger 2005 seiner achten Klasse an der Harburger Bunatwiete-Schule die „Kinderbetreuung im Löwenhaus“. Nie hätte er mit einer solchen Resonanz auf dieses erste langfristig angelegte SMS-Projekt gerechnet. Auch nicht damit, dass als „unbeschulbar“ geltende Schülerinnen nicht nur den Willen zeigten, zuverlässige Arbeit zu leisten, sondern diese auch noch über ein ganzes Jahr nutzten, um sich selbst orientieren zu können.

„Ich war schlimmer als alle zusammen“, feixt Hülya, 19. Sie beginnt nach dem Schulabschluss ihr Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Löwenhaus. Zusammen mit Esra, die auf ihren Medizinstudienplatz wartet. Und die als überzeugte Kopftuchträgerin schon lange bei „Sozial macht Schule“ ist, „weil man uns anderswo die Tür vor der Nase zugeschlagen hat, wenn wir uns gesellschaftlich engagieren wollten.“ Rainer Micha, Leiter des Löwenhauses und einer der Väter des Projektes SMS, schüttelt nur den Kopf: „Wie kann man so viel Potenzial verschenken. Wir haben hier inzwischen 15 Sprachen und als Herkunft ebenso viele Länder vertreten. Verschiedenheit ist bei uns Programm.“ Someya berichtet stolz: „Ich habe in der sechsten





Klasse beim ersten Praktikum Sütterlin gelernt. Wir haben uns mit der Schule in Deutschland um 1920 befasst.“ Und Muraya startet im Herbst ihre Ausbildung zur Altenpflegerin – beim ASB.

Viele der Schüler bleiben als Praktikanten im Löwenhaus, wenn sie es durch den Unterricht in der neunten Klasse kennengelernt haben. Wer nicht im Löwenhaus Dienst hat, hilft Senioren bei der Wäschepflege, betreut Behinderte oder arbeitet in Obdachlosen-einrichtungen. Robert berichtet: „Ich hatte in der achten Klasse gute Erfahrungen mit Herrn Micha gemacht – also habe ich ihn wieder angerufen, als ich Geld für Flutopfer gesammelt hatte.“ Robert wird im September 2007 seine Lehre bei der PSD Bank beginnen. Diese hatte schon seinen ersten Freiwilligen-Einsatz für Flutopfer in Pirna gespon-sert, dann auch das zweite Projekt „Jüdischer Friedhof“ in Theresienstadt. „Und sein Freiwilliges Soziales Jahr macht er hier im Löwenhaus, weil ich mit ihm gute Erfahrungen gemacht hatte“, schmunzelt Rainer Micha. „Also habe ich ihn angerufen!“

Das Essen dampft bereits auf dem Tisch. Rainer Micha musste den Schlüssel für das neue „LöwenARThaus“ in Rothenburgsort noch ent-gegennehmen. Die Deutsche Bahn finanziert den Aus- und Umbau einer ehemaligen Station der Wasserschutzpolizei zum Kinder- und Jugendkunsthause. Sogar die Wartung für die ersten fünf Jahre wird von ihr übernommen. Darüber freut sich auch Knut Fleckenstein, Landesgeschäftsführer des ASB-Hamburg. Er sitzt heute ausnahms-weise mit den 16 Kindern gemeinsam am Tisch.

Er kennt sie alle und sie kennen ihn. Die Kinder spüren den Respekt, den die Menschen im Projekt ihnen zollen. Heute sind zehn Praktikanten da, die bei den Hausaufgaben helfen, Fußball oder Uno spielen, Streite schlichten, aufgeschlagene Knie verbinden und bei Bedarf auch mal die Hand ans Herz der Kinder legen – ohne



Knut Fleckenstein – Mittag mit den Kindern

ihnen zu nahe zu treten. Kaum beschreibbar ist die Atmosphäre, die Beteiligung, Mitsprache, Gestaltung, Interesse, Zuverlässigkeit und Bindungsfähigkeit ausmacht. Connor ist der einzige Junge unter den vielen Praktikanten. „Hier lernen nicht nur die etwas dazu, die von uns betreut werden. Wir lernen auch“, sagt der 15-Jährige. Demokratiefähigkeit nennt es der eine, Ehrenamt ein anderer, „Soziales Lernen im GanzTag“ nennt es der ASB, Sozialpraktikum „Schule im Stadtteil“ die Behörde. Themen des Praktikums sind vor allem, was im Schulunterricht nicht vermittelt werden kann.

Umgang mit Krankheit, Alter, Tod, Fremdheit, Leid. Die Praktika haben dann Erfolg, wenn Möglichkeiten der aktiven Beteiligung und Freiwilligkeit gegeben sind. 5.000 Freiwillige setzen sich seit 1999 ein. „Kinder sind unsere Zukunft!“, Connor ist zutiefst überzeugt von dem, was er tut.



Soraya spricht lieber mit als über Vanessa

Das Essen hat geschmeckt, und schon stehen die ersten Kinder bei Robert wieder zur „Obstpause“ an. „Rituale sind Sicherheiten für Kinder. Hier wird Hunger gestillt, bei den Kleinen nach Zuwendung und Essen!“, so Rainer Micha – bei den Großen nach Achtung, Respekt, Vertrauen und Eigenverantwortung.



Hülya startet ihr FSJ

ASB – Sozial macht Schule  
Kalischerstraße 9 a  
21073 Hamburg  
  
Rainer Micha  
Tel.: +49 40 83398170  
rainer.micha@asb-hamburg.de  
  
[www.sozial-macht-schule.de](http://www.sozial-macht-schule.de)  
[www.loewenhaus.de](http://www.loewenhaus.de)

**Bischof Dr. Franz-Josef Bode**



Vorsitzender der Jugendkommission  
der Deutschen Bischofskonferenz

*„Fragen des Zusammenlebens sind überlebenswichtig für die Gesellschaft. Die jungen Leute stellen sich ihnen mit hoher Sensibilität für Gerechtigkeit, Frieden, Echtheit und Mitmenschlichkeit. Sie wollen die Welt mitgestalten. Dazu brauchen sie Gemeinschaft und Orte – auch geistliche Orte – des Einübens und Reifens, dazu brauchen sie tragfähige Konzepte und Strukturen. Und sie brauchen besonders Menschen, die sich um (Aus-)Bildung bemühen, nicht als ‚Oberlehrer‘, sondern als glaubwürdige Zeugen. Ich bin dankbar, dass die kirchlichen Jugendverbände hier gute Arbeit leisten.“*

**Bischof Dr. Wolfgang Huber**



Ratsvorsitzender  
der EKD

*„In vielfältigen Formen erkunden Kinder und Jugendliche die Gesellschaft und erproben Möglichkeiten eigenen Handelns. Darin können sie für Gleichaltrige zu Vorbildern werden; und der Gesellschaft vermitteln sie manchen frischen Impuls. Wo das geschieht, zeigt sich ein wichtiger Sinn von Bildung: Sie ist Hilfe dazu, sich in der Welt zu orientieren und ethisch verantwortlich zu handeln.“*

**Alexandra Dinges-Dierig**



Bildungssenatorin der  
Hansestadt Hamburg

*„Gute Schule ist selbstverantwortet und ganztägig. Sie bietet jungen Menschen einen Lern- und Lebensraum über den traditionellen Unterricht hinaus. Gute Schule öffnet sich für den Stadtteil, fördert Kooperationen und stärkt das Engagement für die Menschen in der Nachbarschaft. Die Aufgabe von Bildungspolitik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen und Unterstützung zu leisten, damit Schülerinnen und Schüler die Vorteile einer solidarischen Gemeinschaft erfahren können. Hamburger Bildungspolitik geht diesen Weg.“*

**Holger Rupprecht**



Minister für Bildung, Jugend und  
Sport des Landes Brandenburg

*„Junge Menschen werden künftig ihre Gesellschaft umso besser gestalten können, je früher sie es gelernt haben. Das kann an den Orten geschehen, an denen sie heute leben und lernen – in den Bildungseinrichtungen. Beteiligung zu ermöglichen und gesellschaftliches Engagement zu fördern muss zur selbstverständlichen Haltung in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden, denn es vermittelt soziale Kompetenzen, die ebenso wichtig sind wie gute Fachkenntnisse und Zeugnisnoten.“*

**Prof. Rita Süßmuth**



Präsidentin des  
Deutschen  
Bundestages a. D.

*„Die gelebte Demokratie braucht das bürger-schaftliche Engagement – auch von Kindern und Jugendlichen. Vergessen wird jedoch oftmals die Beteiligung junger Menschen an Projekten aus ihrer Lebenswelt. Ihre Fähigkeiten werden unterschätzt. Dabei sollte das Engagement von Kindern und Jugendlichen möglichst früh gefördert werden. Die positiven Auswirkungen auf ihr Sozialverhalten, aber auch auf ihr Lernen im Schulalltag sind nachweisbar. Und wenn wir ihren Einsatz stärker beachten und anerkennen würden, könnten wir noch weit mehr Menschen für das bürger-schaftliche Engagement gewinnen.“*



# Vorbild Großbritannien

## Politik fördert Engagement

Von Ina Epkenhans und Jonathan Przybylski

*Our vision is of a society in which  
citizens are inspired to make a positive  
difference to their communities,  
and are able to influence the policies  
and services that affect their lives.*

*(David Blunkett 2003)*

### „New Labour“ und der „Dritte Weg“

Nach einem überwältigenden Wahlsieg trat die Labour-Regierung von Tony Blair im Mai 1997 ihr Amt an. Mit der Proklamation eines „Dritten Weges“ begann die politische Förderung von gesellschaftlichem Engagement. Einige Initiativen fokussieren dabei auf Partizipation im Sinne einer active citizenship, andere nehmen vorrangig freiwilliges soziales Handeln, sprich volunteering, in den Blick. Zahlreiche zielgruppenspezifische Programme wurden beschlossen – insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – und oftmals in Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen sowie Unternehmen sukzessive umgesetzt. Im Zentrum stand dabei die Vision einer aktiven Bürgergesellschaft, in der der Einzelne motiviert wird, das eigene kommunale und politische Lebensumfeld zu beeinflussen und zu verändern.

Heute schauen wir auf ein Großbritannien, das nach zehn Jahren „New Labour“-Regierung systematisch bei der jungen Generation ansetzt und sie in ihrer Entwicklung zu Selbstständigkeit und Verantwortung unterstützt. Gesellschaftliches Engagement wird früh gelernt und damit auch der Boden für ein aktives Gemeinwesen bereitet.

Die Idee eines „Dritten Weges“ stand dabei Pate: Konsequenter verfolgte die britische Regierung den Weg des ermöglichenden und aktivierenden Staates, der nicht nur neue Chancen für gesellschaftliches Engagement eröffnet, sondern das Ermögliche auch durch gezieltes Aktivieren ergänzt. Diese Haltung markierte einen Wandel im Vergleich zur Politik der konservativen Tories, die das Land in den 80er und 90er Jahren geprägt hatte. Die konservative Partei hatte sich hauptsächlich mit der Dichotomie von Markt und Staat befasst und dabei den Dritten Sektor mit seinen vielen Vereinen, Initiativen und freiwillig Engagierten weitestgehend ignoriert.

Ein Signal des Aufbruchs und des neuen Verhältnisses zwischen Staat und dem gemeinnützigen Dritten Sektor war die Verabschiedung des „Compacts“, einer Art Grundsatzerklärung, um

das Verhältnis zwischen Staat und gemeinnützigem Dritten Sektor auf eine stabile Basis zu stellen. Bereits im Herbst 1998 – weniger als 18 Monate nach Regierungsantritt – wurde dieser Vertrag ausgehandelt und vereinbart. Er brachte eine radikale Veränderung mit sich. Erstmals näherte sich die Politik strategisch dem Dritten Sektor mit dem Ziel, ihn als Ganzes zu stärken und für den einzelnen Bürger bessere Rahmenbedingungen für politische Partizipation und freiwilliges soziales Handeln zu schaffen.

### „Chancen“ für die neue Generation

Bei dieser Annäherung an den Dritten Sektor und die gemeinnützigen Akteure entdeckte „New Labour“ sehr schnell die junge Generation als besondere Zielgruppe ihrer Politik. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, dass die Bereitschaft, sich zu engagieren und Verantwortung für sich, für andere und für das Gemeinwohl zu übernehmen, bereits in der Kindheit gelegt wird. Auch sprachen Ende der 90er Jahre mehrere Untersuchungen für eine besondere Beachtung dieser jungen Zielgruppe: Für viele Jugendliche in Großbritannien stellte Politik ein Schimpfwort dar. Die Skepsis gegenüber Parteien und Verbänden war groß. Und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie sozial Benachteiligte engagierten sich deutlich seltener als Kinder der „weißen Mittelklasse“. Vor diesem Hintergrund entschied sich die „New Labour“-Regierung dafür, systematisch neue Zugangswege für mehr Engagement zu eröffnen. In den Folgejahren wurden zahlreiche Maßnahmenpakete zur Stärkung von politischer Partizipation und freiwilligem Handeln verabschiedet.

### Maßnahmen zur Förderung politischer Partizipation

Betrachtet man die Vorschläge und Maßnahmen, die sich auf die junge Generation beziehen, fällt gleich zu Beginn der Regierungszeit Blairs der vom damaligen Bildungsminister Blunkett in Auftrag gegebene Crick-Report ins Auge. Die „Advisory Group on Education for Citizenship and the Teaching of Democracy in Schools“ sollte zu notwendigen Reformen in der Vermittlung von Wissen über die „Verfassung“ sowie bürgerschaftliches Handeln in Staat, Politik und Wirtschaft Stellung beziehen. Im September 1998 kam sie zu dem Ergebnis, dass Citizenship Education die Schüler motivieren und befähigen muss, sich über ihre Schulzeit hinaus aktiv in Staat und Zivilgesellschaft zu engagieren. Als aktive Bürger sollen sie am sozialen und politischen Leben der Gesellschaft mitwirken. Die Kommission empfahl, zu diesem Zweck Schule so zu gestalten, dass Schüler sie als einen Ort erleben, in dem Engagement anerkannt und gestärkt wird. Die Empfehlungen beziehen sich jedoch nicht nur auf den innerschulischen Raum. Es sollten auch „community forums“ geschaffen werden, in denen Lokalpolitiker, Lehrer, Jugendliche, Vertreter der Kirchen und interessierte Bürger zusammenkommen, um über Citizenship Education in der Kommune zu sprechen und konkrete Projekte zu entwickeln.

Im Jahr 2000 erklärte das neue nationale Curriculum Citizenship Education zu einer Kernaufgabe von Schule. Noch im selben Jahr wurde Citizenship Education an Grundschulen als verpflichtendes

Querschnittsthema und zwei Jahre später in allen weiterführenden Schulen als neues Kernfach eingeführt. Das Fach war etabliert, Materialien und Handreichungen für Lehrer fehlten. Bemerkenswert ist, dass in dieser Situation das Bildungsministerium auch gemeinnützige Organisationen, darunter z. B. die Citizenship Foundation, damit beauftragte, Leitfäden und Unterrichtsmaterialien für Schulen zu entwickeln.

Die Politik zur Förderung von Citizenship Education bezog sich jedoch nicht allein auf den Lernort Schule. Für Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren wurden ca. 150 Projekte (z. B. Debattier-Clubs und Jugendparlamente) in Universitäten sowie Jugendzentren finanziert. Darüber hinaus wurde die Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung im kommunalen Kontext in vielen politischen Strategien zur Selbstverständlichkeit, so z. B. in Programmen wie „Civil Renewal: A new agenda“ und „National Strategy for Neighbourhood Renewal“.

Maßnahmen zur Förderung freiwilligen Handelns

Neben der Förderung und Etablierung von Citizenship Education stand die Ausweitung freiwilliger Aktivitäten sowie die Erhöhung der Spendenbereitschaft auf der Agenda der „New Labour“-Regierung. Im Juli 2001 startete die Regierung in Kooperation mit der Charities Aid Foundation und dem Dachverband gemeinnütziger Organisationen (National Council for Voluntary Organisations) die nationale Kampagne „Giving Nation“ mit dem Ziel, das Spendenvolumen

für gemeinnützige Organisationen zu erhöhen und eine neue Spendenkultur zu entwickeln. Während die breite Kampagne 2004 wieder eingestellt wurde, läuft diejenige für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen bis heute mit guten Ergebnissen weiter: „G-Nation“ (Giving Nation) für 11- bis 16-Jährige. Im Kern werden Materialien für das Unterrichtsfach Citizenship Education mit dem Ziel entwickelt, neben Spaß an freiwilligem sozialem Handeln auch Kompetenzen für soziales Unternehmertum zu vermitteln. G-Nation ist heute das wichtigste Programm der Citizenship Foundation.

2004 setzte die Regierung einen weiteren wichtigen Akzent. David Blunkett und Gordon Brown, der damalige Finanzminister, beauftragten die „Russell Commission on Youth Action and Engagement“ damit, Vorschläge für die Zielgruppe der 16- bis 25-Jährigen zu entwickeln. Besser, mehr und vielfältiger sollten die Möglichkeiten für freiwilliges Handeln werden. Die Kommission, die insgesamt 6.000 Jugendliche konsultierte und der ein Jugendrat angehörte, empfahl im Mai 2005 die Errichtung einer operativen Organisation als umsetzende Instanz für die Russell-Empfehlungen. Sie solle zukünftig, so der Wunsch der Kommission, auch als zentrales Forum für alle Beteiligten – Jugendliche, Regierungs-, Dritt-Sektor- und Unternehmensvertreter – dienen. Gordon Brown kündigte bald darauf an, insgesamt 100 Millionen Pfund mit dem Ziel zu investieren, eine Million Jugendliche für freiwilliges soziales Handeln zu gewinnen.

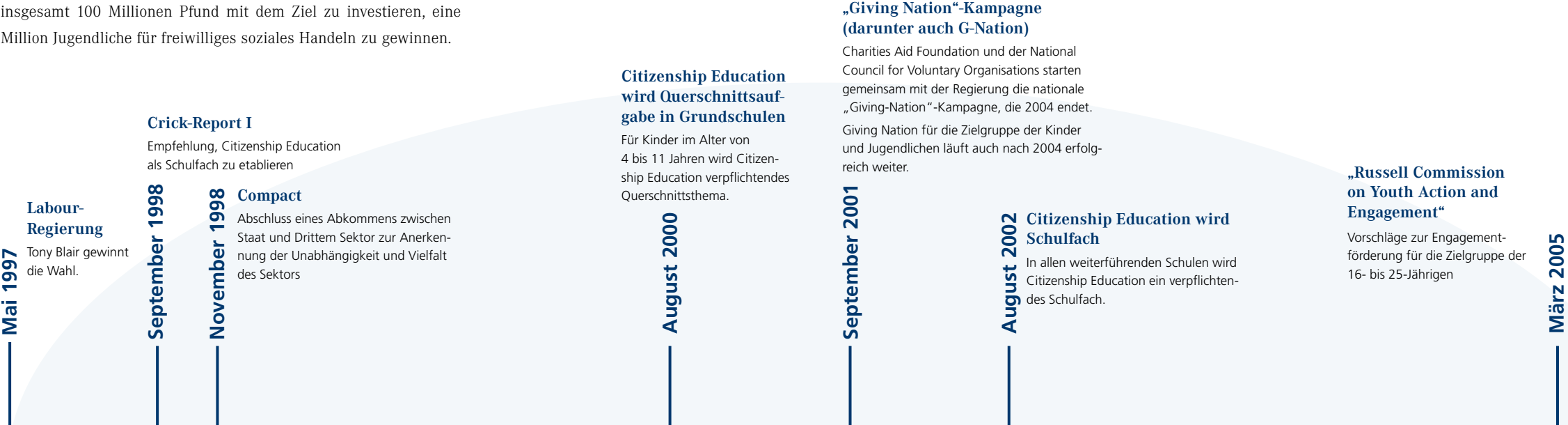
Partnerschaftliches Handeln für eine starke Zivilgesellschaft

Die Maßnahmenpakete sind in der Gesamtschau beachtlich. Die Blair-Regierung hat ihre Programme zur Förderung von Engagement sukzessive ausgeweitet. Den Strategiepapieren folgten politische Maßnahmen und die Bewilligung von Finanzmitteln. So wird in Großbritannien eine Engagementbiographie ermöglicht, die bereits in den allerersten Lebensjahren beginnt. Dass dabei Schulen als Distributionskanal gewählt werden, ist politisch innovativ und nachhaltig zugleich, denn nur auf diesem Weg können alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft sowie ihrem Bildungsstand – erreicht werden.

Das Beispiel Großbritanniens macht deutlich, dass politische Partizipation und freiwilliges Handeln – obwohl oft getrennt diskutiert – ineinandergreifen und eng verwoben sind. Die Akzente werden in den verschiedenen Empfehlungen und Gutachten noch unterschiedlich gesetzt. Doch spätestens in den Maßnahmenpaketen sind beide Facetten gesellschaftlichen Engagements untrennbar miteinander verbunden. Die Politik zeichnet sich insgesamt dadurch aus, dass den Absichtserklärungen und Wünschen der vielen eingesetzten Kommissionen tatsächlich immer finanzierte Maßnahmenpakete folgten, die als Ganzes betrachtet einmalig in Europa sind. Das Beispiel Großbritanniens enthält damit zukunftsweisende Ideen auch für Deutschland.

**Literatur:**  
Advisory Group. Education for Citizenship and the Teaching of Democracy in Schools. London 1998.  
Andrews, Rhys, und Andrew Mycock. „Citizenship Education in the UK: Divergence Within a Multi-National State“. Citizenship Teaching and Learning (3) 1 2007.  
Kerr, David. „Citizenship Education in England: The Making of a New Subject“. The Online Journal of Social Science Education 2 2003.  
Pearce, Nick, und Sarah Spencer. „Education for Citizenship: The Crick Report“. The Political Quarterly (70) 2 1999. 219–224.

Die wichtigsten Maßnahmen auf einen Blick



# G-Nation

## „The next generation“ Eine Generation lernt das Geben

Von Julia Grosse

Latyah ist im Stress. Seit einer Woche hängt die Geschäftsführerin eines Musik-Events ununterbrochen am Handy, hat Gesprächstermine bei Sponsoren, weil die versprochen haben, die Kosten für Flyer und Plakate zu übernehmen.



Latyah plant Flyer und Plakate für ihren Musikevent

Auch ein Raum muss noch organisiert werden, DJs, Stühle, Getränke, und dann ist da natürlich noch die Angst, auf den Tickets sitzen zu bleiben. Bisher lief der Vorverkauf für das Konzert im Westen Londons eher schleppend, in einer Woche

waren gerade einmal fünf Karten weggegangen. „Also musste ich beim lokalen Radiosender ein bisschen Werbung für unseren Abend machen“, sagt Latyah und schiebt sich selbstbewusst die mit Strass besetzte Sonnenbrille ins Haar. „Ich hatte in den vergangenen Wochen praktisch kein Privatleben mehr!“ Sie spricht wie eine viel beschäftigte Geschäftsfrau, dabei ist sie gerade dreizehn. Eine vergnügte Schülerin mit Zöpfen, die in ihrem Leben noch nie so viel Initiative ergreifen hat wie in den vergangenen drei Wochen.

Dass schon die junge Generation früh damit beginnen soll, eigenverantwortlich zu handeln und sich zu engagieren, ist das Hauptziel von „G-Nation“, einem viel gelobten Programm der Citizenship Foundation. „G“ steht für „giving“ und bringt das grundsätzliche Anliegen dieses Programms



Schüler von 5 bis 11 Jahren finden bei der Citizenship Foundation ein vielfältiges Projektangebot

zum Ausdruck. Mit einem geringen Startkapital sollen Jugendliche, wie Latyah und Amina vom Projekt „Dolly Movement“ sowie zwei weitere Schülergruppen aus London, in den kommenden fünf Wochen ein soziales Unternehmen auf die Beine stellen. Lehrer sind zwar beteiligt, doch es sind vor allem die Schüler, die hier aktiv werden müssen: Der Lehrer der „Dolly Movement“-

Preisträger  
Carl Bertelsmann-Preis 2007



Mädchen macht sich am Abend des Konzerts als geduldiger Ticketverkäufer nützlich, während die 1,50 Meter kleine Latyah vor einem doch noch ausverkauften Saal ihre Begrüßungsrede hält. „Dieser Abend soll jungen Talenten aus unserem Stadtteil eine Bühne geben, denn sie sollen auf ihr Können vertrauen und nicht auf falsche Einflüsse.“

Die Schülerin spricht damit indirekt das Problem der anhaltenden Gewalt unter vornehmlich schwarzen Jugendlichen an. Latyahs Schule in Hammersmith zählte noch vor zehn Jahren zu einer der gefährlichsten Lehranstalten des ganzen Landes und wurde schließlich sogar geschlossen. „Erst mit Hilfe eines engagierten Lehrerteams stand sie unter dem symbolischen Namen Phoenix Highschool wieder wie Phönix aus der Asche auf“, erinnert sich Terry Silvers, Teamleiter von Giving Nation. Der ehemalige Lehrer kennt Latyahs Schule, er hat dort selbst eine Zeit lang unterrichtet. ➔





Liz Griffiths und Bart Milner bei der Planung von Go Givers

Citizenship Education, also das Fach, in dem Bürgerrechte und die Funktionsweise einer Demokratie unterrichtet werden, steht seit rund fünf Jahren auf den britischen Lehrplänen. Der Staat hat längst erkannt, wie wichtig eine frühzeitige Vermittlung dieser Inhalte für eine funktionierende Gesellschaft ist: Im Mai 2006 kündigte Tony Blair die Gründung des Office of the Third Sector (OTS) an, eines neuen Ministeriums innerhalb des Cabinet Office, des britischen „Kanzleramts“. Das OTS fungiert wie eine Art Schnittstelle zwischen dem Staat und dem gemeinnützigen Sektor aus ehrenamtlichen Organisationen, Wohltätigkeitsvereinen oder sozialen Unternehmen. Auch die Citizenship Foundation, die 1989 als private Stiftung gegründet wurde, wird zu einem Großteil von staatlichen Mitteln getragen und zählt heute in England zu einer der führenden sozialen Institutionen, die das Wissen um bürgerliche Selbstbestimmung landesweit vermitteln.

„Vor drei Jahren haben wir Giving Nation von The Giving Campaign, einer ehemaligen nationalen Kampagne im Spendensektor, übernommen, weil wir viel Potenzial in diesem Programm sahen“, sagt Michael Maclay, der Vorsitzende der Citizenship Foundation Trustees. „Doch war der

Ansatz bei G-Nation für uns zunächst relativ neu, denn der Fokus unserer Stiftung lag eher darauf, Unterrichtsmaterialien für Lehrer bereitzustellen. Dabei ging es mehr um die Vermittlung von Wissen, wie eine demokratische Gesellschaft funktioniert, und weniger darum, die Bürger zu ermutigen, sich für soziale Projekte zu engagieren.“ Man erkannte jedoch schnell, dass die Schüler auch aktiv werden wollten, nachdem ihnen dieses Wissen einmal vermittelt worden war.

Derzeit arbeitet Giving Nation mit 55 weiterführenden Schulen. 2008 sollen es bereits 400 sein. Ein weiteres Lernprogramm der Citizenship Foundation ist „Go Givers“. Es wird derzeit an verschiedenen Schulen getestet und richtet sich ausschließlich an Grundschüler zwischen fünf und elf Jahren. „Man kann nicht früh genug damit beginnen, das Interesse der Schüler zu wecken“, ist Andy Thornton überzeugt. Der ehemalige Projektleiter bei Giving Nation ist heute Direktor des Stiftungsbereiches Participation and Social Action.

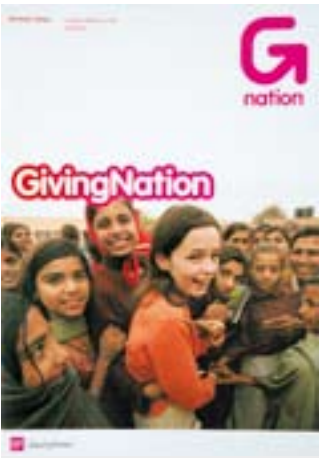
Latyah und Amina sind glücklich, ihr Konzertabend war ein Erfolg: Über 110 Besucher feierten lautstark den Nachwuchs aus der Nachbarschaft, bejubelten schnell reimende Rapperinnen und „RnB“-

Michael Maclay,  
Vorsitzender  
der Citizenship  
Foundation  
Trustees



„Wir werden auf jeden Fall weitermachen.“  
Dolly Movement

Talente mit Engelsstimmen. Am gleichen Abend führte das Konkurrenz-Schülerteam „Generations“ Senioren geduldig an den Computer heran, und die Schülergruppe aus Highfields, die sich für eine müllfreie Umgebung einsetzt, verkaufte jede Menge ihrer bedruckten Motto-Tassen. „Leider kann den G-Nation Award für das nachhaltigste soziale Projekt nur eine der Gruppen gewinnen“,



Citizenship Foundation – G-Nation  
63 Gee Street  
London EC1V 3RS  
Großbritannien  
  
Essi Lindstedt  
Tel.: +44 20 75664145  
essi.lindstedt@citizenshipfoundation.org.uk  
  
[www.citizenshipfoundation.org.uk](http://www.citizenshipfoundation.org.uk)

sagt Terry Silvers von G-Nation. „Dabei haben alle drei ganz wunderbare Arbeiten präsentiert.“

Die Entscheidung fiel letztendlich auf die Mädchen von „Dolly Movement“. Und das, obwohl Latyah während der Präsentation vor einer vierköpfigen Jury um Andy Thornton und Experten aus dem sozialen Bereich furchtbar nervös war. „Dolly Movement“ sei eine Idee mit Zukunft und ermutige Jugendliche, ihre Energie in sinnvolle Dinge zu stecken, lobte die Jury und machte den Schülerinnen Mut. Mit Erfolg: „Wir werden auf jeden Fall weitermachen!“, freuen sich die Mädchen – denn dass man mit Eigeninitiative ganze Säle füllen kann, haben sie ja nun selbst erlebt.

**Dr. Wulf H. Bernotat**



Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG

*„Damit aus Kindern und Jugendlichen engagierte Erwachsene werden, braucht es vor allem überzeugende Vorbilder. Dabei ist jeder von uns persönlich gefordert. Um bei Heranwachsenden das Vertrauen in die eigene Stärke zu unterstützen, hat E.ON die Initiative ‚Energie für Kinder‘ gestartet. Wir fördern Kindertagesstätten und Grundschulen mit dem Ziel, Kindern aus unterschiedlichen sozialen Hintergründen die optimale Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Begabungen zu ermöglichen. Wir sind überzeugt: Junge Menschen sind bereit, selbst zu gestalten, statt sich bevormunden zu lassen.“*

**Dr. Mathias Kammüller**



Vorsitzender des Stifterverbundes zur Förderung sozialen Lernens, Sprecher der Geschäftsleitung der TRUMPF Werkzeugmaschinen GmbH + Co. KG

*„In einer komplexer und globaler werdenden Wirtschaftswelt müssen junge Menschen zu ganzheitlichen Persönlichkeiten ausgebildet werden: fachlich versiert, methodisch kompetent, kommunikativ, teamfähig und empathisch. Nur so werden sie mit den ständigen Veränderungen Schritt halten können. Als Unternehmer unterstütze ich daher Konzepte wie ‚Lernen in fremden Lebenswelten‘ der Agentur mehrwert, durch die das gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen und der frühe Erwerb von Sozialkompetenz gefördert wird.“*

**Norbert Hocke**



GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, Sprecher Bundesforum Familie

*„Gesellschaftliches Engagement setzt Gemeinschaftsfähigkeit voraus. Der 10. Kinder- und Jugendbericht beschreibt drei weitere Grundfähigkeiten: die Fähigkeit zur Selbstbestimmung; die Mitbestimmungsfähigkeit und die Solidaritätsfähigkeit. Viele Bildungseinrichtungen haben sich auf den Weg gemacht, diese Grundfähigkeiten gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten. Sie werden im Stadtteil sichtbar, sie melden sich im ländlichen Raum zu Wort. Von ihnen geht gesellschaftliches Engagement aus, und deshalb gilt ihnen die gesellschaftliche Unterstützung.“*

**Christoph Miethke**



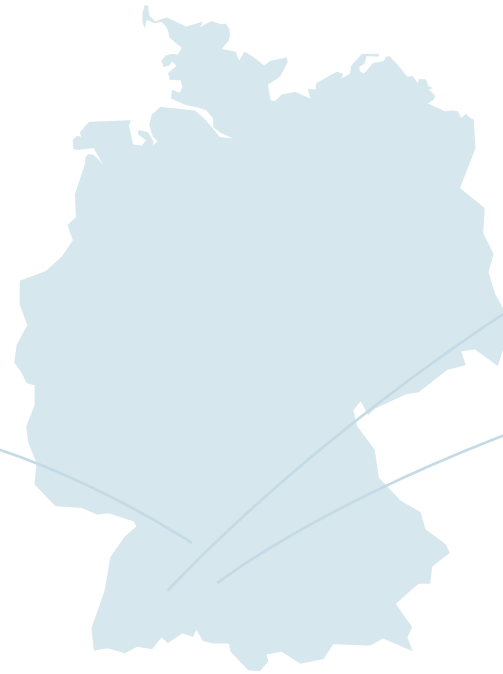
Geschäftsführer Miethke GmbH & Co. KG

*„Der modernen Schule kommt heute eine andere, sich stetig verändernde Rolle zu. Kreatives Denken, der Glaube an uns selbst und die Kompetenz zu offener Kommunikation sind Schlüsselattribute für ein spannendes und vielseitiges Berufsleben – vor allem als Unternehmer. Mir macht es Freude, junge Menschen zu ermuntern, die Gründung eines eigenen Unternehmens auch als Chance auf soziales Engagement und Einfluss auf die Gesellschaft zu sehen. Gerade Kinder und Jugendliche sollen früh verstehen, wie viel Spaß es machen kann, Verantwortung zu tragen und sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten.“*



# Vorbild Baden-Württemberg

Von Sigrid Meinhold-Henschel



*„Demokratie heißt,  
sich in die eigenen Angelegen-  
heiten einzumischen.“*

*(Max Frisch)*

„Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Dieses Credo des Schweizer Schriftstellers Max Frisch ist offensichtlich ein Leitmotiv vieler Menschen in Baden-Württemberg. Die Daten des Freiwilligensurveys 2004 belegen: Baden-Württemberg ist das Mitmachland Nummer eins in der Bundesrepublik. Fast 4,5 Millionen Menschen, und damit 42 Prozent der Landesbevölkerung, engagieren sich hier in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen. Die Engagementquote konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden und liegt mittlerweile sechs Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Sicherlich sind hierfür auch kulturelle und gesellschaftspolitische Traditionen in dem südlichen Bundesland wichtige Voraussetzungen. Der Einfluss landespolitischer Strategien zur Förderung gesellschaftlichen Engagements sollte aber nicht unterschätzt werden.

## Gesellschaftliches Engagement im Fokus der Politik

Mit Beginn der 1990er Jahre hat Baden-Württemberg die Engagementförderung zu einem eigenständigen politischen Handlungsfeld entwickelt. Am Anfang stand das vom damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth aus den USA importierte Konzept der Seniorengenossenschaften, in dem sich Ältere um Hilfsbedürftige ihrer Generation kümmern und dabei gleichzeitig Ansprüche auf Zuwendungen und Pflege in einem genossenschaftlich abgesicherten System erwerben. Die Erfahrungen waren so positiv, dass die Fokussierung auf ältere Menschen aufgegeben und generationenübergreifende Handlungsansätze entwickelt wurden. Spätestens mit Vorlage des Berichts der Zukunftskommission „Gesellschaft 2000“, die 1999 ihre Arbeit abschloss, wird deutlich: Die Förderung gesellschaftlichen Engagements ist zu einem Schwerpunkt der Landespolitik geworden, der parteiübergreifende Akzeptanz genießt. Angesichts des demographischen Wandels und in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen einer globalisierten und technisierten Welt sieht Baden-Württemberg Bürgerengagement als Hebel zur Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Konsequenterweise wird eine systematische Förderpolitik entwickelt, die Einzelmaßnahmen und Instrumente zu einer umfassenden Gesamtstrategie ausbaut.

## Vielfalt ermöglichen – Koordination sichern

Um möglichst viele Menschen zu aktivieren, setzte Baden-Württemberg von Anfang an auf Kooperation und strategische Partnerschaften mit Non-Profit-Organisationen. Die gegenwärtige Engagementlandschaft ist durch vielfältige formelle, aber auch informelle Netzwerke gekennzeichnet. Eine beeindruckende Kooperationsdichte schafft das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“. Hierin sind alle Städte, Gemeinden und Landkreise des Landes vertreten, die jeweils Teilnetze bilden. Regelmäßige Treffen, die Durchführung von thematischen Fachgesprächen und der Erfahrungsaustausch stehen im Mittelpunkt. Die Netzwerkkoordination liegt bei der im Sozialministerium angesiedelten Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“. Durch die Einrichtung eines Netzwerkausschusses und eines Steuerungsverbandes sind die kommunalen Spitzenverbände und wichtige Non-Profit-Organisationen in die Strategieentwicklung eingebunden. Zentrale Aufgaben der Stabsstelle richten sich darauf, Fachberatungen für die beteiligten Institutionen anzubieten und die Entwicklung lokaler und regionaler Koordinationsstrukturen zu unterstützen. Gleichzeitig werden im Dialog mit den Partnern zukünftige Handlungsansätze identifiziert. Teil des Netzwerkes ist u. a. auch eine Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftlicher Initiativen (ARBES) und ein Verbund von Fachkräften für bürgerschaftliches Engagement (FaLBE), die z. B. in Kommunen, bei Verbänden oder freien Trägern tätig sind. ➔

Den Dialog der Akteure unterstützen weitere Gremien: Das „Landesforum Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement“ führt hochrangige Repräsentanten aus Sport, Jugend- und Sozialarbeit mit Vertretern der Wirtschaft, der Kirchen und Kommunen zusammen. Darüber hinaus hat die Landesregierung das „Landeskuratorium Bürgerarbeit“ eingesetzt, um sich von Experten Ratschläge für die Weiterentwicklung der Engagementstrategie geben zu lassen. Durch die Einsetzung eines Ehrenamtsbeauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg wird die Arbeit der Fachministerien koordiniert. Diese treffen sich regelmäßig in interministeriellen Arbeitsgruppen. Der Ehrenamtsbeauftragte leitet darüber hinaus das „Landesbüro Ehrenamt“, das sich als zentrale Anlaufstelle für alle ehrenamtlich Aktiven versteht und Vorschläge für einen Abbau bürokratischer Hemmnisse des Engagements erarbeitet. In Baden-Württemberg wird also zielgerichtet daran gearbeitet, dass engagierte Menschen und Non-Profit-Organisationen gute Rahmenbedingungen für Bürgerarbeit vorfinden.

Engagementförderung konkret

Insgesamt stellt Baden-Württemberg jährlich rund 75 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftlichen Engagements zur Verfügung. Dieses Budget umfasst auch die Mittel der Fachministerien, z. B. zur Förderung der traditionellen Vereinsarbeit. Eine Besonderheit der Förderpolitik ist jedoch, dass zukunftsorientiert in die Entwicklung infrastruktureller Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements

(wie beispielsweise Anlaufstellen und Netzwerke) investiert wird, sowie auch in die Qualifizierung der Akteure.

- Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern stellt Baden-Württemberg auch Gelder für regionale und lokale Netzwerke zur Verfügung. Mit Landesmitteln wird der Aufbau örtlicher Anlaufstellen unterstützt. In Kooperation mit der Landesstiftung Baden-Württemberg finanziert das Land insbesondere auch Beratungsangebote, um die Entwicklung passgenauer Arbeitsformen zu ermöglichen.
- Durch die Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen für das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ werden Bürger, Non-Profit-Organisationen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zusammengeführt. Ziel ist es, für drängende gesellschaftliche Probleme im Zusammenspiel aller tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Baden-Württemberg sieht sich dabei in der Rolle des ermöglichenden Staats.
- Diesem Selbstverständnis entspricht es, dass ein weiterer Schwerpunkt auf Qualifizierung gelegt wird. In Baden-Württemberg werden seit 2000 Bürgermentoren ausgebildet. Die Trainings sollen sie in ihren Fähigkeiten stärken, gesellschaftliches Engagement zu organisieren, in Netzwerken zu arbeiten und andere Bürger zu beraten. Mittlerweile sind über 10.000 Bürgermentoren in Baden-Württemberg aktiv. Das Land bietet nun auch eine Qualifizierung für die Ausbildung von Mentoren an. Bereits seit 1994 werden Schüler als Mentoren z. B. in den Bereichen Sport, Naturwissenschaften, Musik, Gewalt- oder Suchtprävention, Naturschutz oder auch Jugendarbeit ausgebildet. Zielsetzung ist es, dass Schüler für Schüler attraktive Angebote machen und dabei gleichzeitig Zugangswege zum Engagement entstehen. Allein im Schuljahr 2005/2006 wurden 2000 Schülermentoren ausgebildet. Eine weitere Facette in der Qualifizierungsoffensive Baden-Württembergs ist die Ausbildung von Jugendbegleitern. Sie werden dazu befähigt, im Rahmen der offenen Ganztagschule mit Schülern zu arbeiten.

Fazit

In Baden-Württemberg trifft bürgerschaftliches Engagement auf gute Rahmenbedingungen. Dies trägt dazu bei, dass sich viele Menschen aktiv in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen. Durch die vorhandenen Kooperationsstrukturen, die öffentliche Wertschätzung von Engagement und die konsequente Qualifizierung von Mentoren in der jungen und der älteren Generation wird die Vernetzung der Schulen mit dem Gemeinwesen unterstützt. Dies ist ein wesentlicher Faktor für die Umsetzung des „Themenorientierten Projektes Soziales Engagement“ (TOP SE) in den Realschulen.



**Literatur:**  
Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages. Bericht – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002.  
Hoch, Hans, Thomas Klie und Martina Wegner. Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Landesauswertung zu den Ergebnissen des 2. Freiwilligensurvey 2004. Hrsg. Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg. 2006.  
Olk, Thomas. „Die bürgerorientierte Länderpolitik – Wie können die Länder Kommunen in ihren Aktivitäten fördern? – Ein Überblick“. [www.buerger-fuer-buerger.de/content/buergerge-sell-laenderpolitik.htm](http://www.buerger-fuer-buerger.de/content/buergerge-sell-laenderpolitik.htm) (Download 11.06.2007).  
Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (Hrsg.). Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Bericht und Empfehlungen der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg. Stuttgart 1999.

# TOP SE

## Schüler-Engagement im Ländle

Von Sigrid Meinhold-Henschel und Kai Stenull

„Wenn ich meine Schüler während des Praktikums besuche, erkenne ich sie manchmal gar nicht wieder. Wie sie dort wachsen! Mit den neuen, verantwortungsvollen Herausforderungen an ihr Können

und ihre Persönlichkeit erlernen die Schüler eine ganz andere Ernsthaftigkeit.“ Das berichtet eine Realschullehrerin aus Freiburg.



Sonderpreis  
Carl Bertelsmann-Preis 2007

Soziales Engagement als Bildungsziel – das ist in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2004/05 nicht mehr nur Vorsatz, sondern Realität. Bis zu 65 Stunden engagieren sich seither die Realschüler der siebten und achten Klassen in sozialen Einrichtungen oder auch in der eigenen Schule. In durchschnittlich zwei Wochenstunden wird vor allem ihr Verantwortungsbewusstsein für andere Menschen geweckt und gefördert. Hintergrund bildet das „Themenorientierte Projekt Soziales Engagement“ (TOP SE), das mit dem neuen Bildungsplan in Baden-Württemberg für alle Realschulen verbindlich wurde.

### Vielfalt des Engagements

Es sind Dienstleistungen „von Mensch zu Mensch“, die von den Jugendlichen bei ihrer Arbeit in diakonischen, karitativen oder kirchlichen Einrichtungen erbracht werden. Auch innerhalb der Schule selbst sind die Schüler aktiv, als Schülermentor zum Beispiel oder in Kooperationsprojekten mit Sonderschulen. Die Bandbreite der verschiedenen Tätigkeiten ist groß und reicht von Schulsanitäter über Streitschlichter bis hin zur Betreuung behinderter, kranker oder alter Menschen. Die Möglichkeiten des persönlichen Engagements variieren dabei von Schule zu Schule. Je nach regionalen Voraussetzungen finden sich unterschiedliche Organisationen als Kooperationspartner. Sie stellen sich auf einem „Markt der Möglichkeiten“ den Schülern vor, und diese können selbst entscheiden, wie und wo sie sich engagieren.



Jugendliche im Einsatz für ihre Mitschüler

Ohne Unterstützung bleibt dabei keiner, weder bei der Auswahl des Projektes noch bei dessen Durchführung. Das individuelle Engagement der Jugendlichen wird durch intensive Vorbereitungs-, Schulungs- und Nachbereitungsmodule an den Schulen begleitet. So kommen im Jahr auch mal bis zu 100 Schulstunden zusammen, die ein Achtklässler im Dienste Pflegebedürftiger oder der eigenen Schulkameraden verbringt. Und es geht noch länger: Einige Schulen betten TOP SE in ein Sozialcurriculum ein, das Schüler während ihrer gesamten Realschulzeit begleitet. Gesteigerte Kommunikationsfähigkeit, Verhaltenssicherheit und Sozialkompetenz sind das Ergebnis.





Vom Diskurs in den Bildungsplan

Rückblick: Anfang der 1990er Jahre intensivierte sich in Deutschland der Diskurs über gesellschaftliches Engagement. Eine der zentralen Fragen lautete, wie freiwilliges Engagement und berufsorientierte Bildung in Schulen stärker verankert werden könnten. In Baden-Württemberg schlossen sich die zentralen Akteure im Umfeld Schule – Kultusministerium, Sozialministerium, Diakonie, Träger der Jugendarbeit und Unternehmen – zusammen und entwickelten gemeinsame Handlungsansätze zur Verankerung gesellschaftlichen Engagements in Schulen. Die ersten Modellprojekte wurden gestartet. Mit dem neuen Bildungsplan für Realschulen – initiiert unter der damaligen Kultusministerin Annette Schavan – fand der gesellschaftliche Diskurs Eingang in die Bildungspolitik.

Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen war TOP SE, dessen grundlegendes Ziel es ist, die Erfahrungswelt der Schüler zu erweitern. Durch ihre Teilnahme sollen die Jugendlichen personale und sachbezogene Kompetenzen, insbesondere auch mehr Verantwortungs- und Selbstwertgefühl gewinnen – ein Prozess, der pädagogisch auch begleitet wird. Die Schüler selbst führen ein Projekttagebuch und reflektieren ihre Erfahrungen in speziellen Unterrichtseinheiten. Die Jugendlichen erfahren für ihr Engagement sehr viel Anerkennung. Noten gibt es für die Dokumentation und die Abschlusspräsentation. Darüber hinaus wird das soziale Engagement auch zertifiziert, um z. B. spätere Bewerbungen um Ausbildungsplätze zu unterstützen. In einigen Schulen endet das Schuljahr sogar mit einer feierlichen



Miteinander statt nebeneinander

Veranstaltung, bei der die Jugendlichen ihr Engagement vor Eltern, Lehrern, Mitschülern und Projektpartnern vorstellen.

Öffnung der Schule

TOP SE wirkt jedoch nicht nur auf die Schüler selbst. Gleichzeitig verändern sich auch die Schulen. Durch TOP SE öffnen sie sich nach innen und nach außen: Der fächerübergreifende Ansatz vernetzt das Kollegium. Die Kooperation mit neuen Partnern – vor allem Non-



Jedes Projekt wird dokumentiert

Profit-Organisationen – schafft neue Lernorte außerhalb der Schule. Und nicht nur Lehrer entwickeln und pflegen die Partnerschaften. Schüler und Eltern entwickeln eigene Vorschläge für Kooperationsmöglichkeiten und organisieren auch den Kontakt zu den Organisationen.

Jede Schule rekrutiert auf diese Weise einen einzigartigen Pool an Einrichtungen, die den Schülern eine Vielzahl unterschiedlicher Sozialpraktika anbieten. Die Form der Kooperationspartner ist dabei vielfältig: Andere Schularten (Grundschulen oder Behindertenschulen) und Kindertagesstätten gehören ebenso dazu wie kirchliche Jugendwerke, Vereine oder Altenheime. Schulen integrieren sich stärker in ihr kommunales Umfeld. Und sie bauen Netzwerke auf, die ein Miteinander auch im Alltag fördern.

Über die Realschule hinaus

Die Verankerung von sozialem Engagement im Bildungsplan von Baden-Württemberg hat eine beachtliche Wirkung: Etwa 31.500 Schüler absolvieren das Programm TOP SE jedes Jahr. Über 450 Realschulen im ganzen Bundesland sind beteiligt. Inzwischen zeigen sich auch andere Schularten interessiert an einer curricularen Verankerung des sozialen Engagements. Einer Übertragbarkeit auf alle Schulformen steht grundsätzlich nichts im Wege, auch nicht länderübergreifend. So haben Hessen und Niedersachsen bereits ihr Interesse am Programm signalisiert. TOP SE – ein Projekt macht Schule!

TOP SE –  
Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement  
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport  
Baden-Württemberg  
Schlossplatz 4  
70173 Stuttgart

Ministerialrat Dr. Johannes Bergner  
Tel.: +49 711 2792579  
johannes.bergner@km.kv.bwl.de

[www.topse-bw.de](http://www.topse-bw.de)



## Prof. Thomas Rauschenbach



Direktor des Deutschen Jugendinstituts e. V.

*„Junge Menschen machen im gesellschaftlichen Engagement oft zum ersten Mal in ihrem Leben grundlegende Erfahrungen in sozialen Ernstsituationen. Und lernen dabei viel. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen. Sie lernen, dass es auf sie ankommt. Und sie entdecken unter Umständen ganz neue Seiten an sich selbst.*

*Diese Art des Lernens eröffnet Chancen eines zusammenhängenden Lernens mit ‚Kopf, Herz und Hand‘. Das Potenzial dieser alternativen, ergänzenden Bildungserfahrungen durch das Engagement von Kindern und Jugendlichen auf dem Weg des Erwachsenwerdens wird bisweilen dramatisch unterschätzt.“*

## Prof. Helmut Anheier



Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen an der Universität Heidelberg

*„Während der Markt an seine Legitimitätsgrenzen stößt, stößt der Staat an seine Effizienzgrenze. Bei einer Reihe dringender sozialer Probleme liegt daher vielfach die Hoffnung auf der Zivilgesellschaft. Aufgabe des Staates bleibt es jedoch, das enorme Potenzial gemeinnützigen Verhaltens zu unterstützen und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Die international vergleichende Drittsektor-Forschung kann helfen, die dafür notwendigen Schritte wissenschaftlich zu fundieren.“*

## Katharina Heuermann



Mitglied im Jugendbeirat  
Projekt „mitWirkung!“

*„Engagement macht auch Spaß. Es sollte kein Zwang sein. Ich engagiere mich in erster Linie, weil ich von einer Sache auch überzeugt bin. Direkt oder indirekt für Mitmenschen einzustehen gibt einem dann selbst ein gutes Gefühl. Das mag vielleicht etwas egoistisch klingen, aber ist es denn nicht etwas Wunderbares, wenn man sich für andere einsetzen kann und es einem dabei auch noch selbst gut geht?“*

## Dr. Heide-Rose Brückner



Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.

*„Das Deutsche Kinderhilfswerk vertritt die Meinung, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen der Schlüssel zu einer demokratischen Gesellschaft ist. Nur wenn Kinder frühzeitig Wertschätzung erfahren, sie als Experten in die Planung und Gestaltung ihrer Lebenswelt aktiv einbezogen werden und auch Verantwortung übernehmen können, werden sie sich selbstbewusst gesellschaftlich engagieren. Deshalb müssen Rahmenbedingungen für Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessert werden. Erwachsene sind dafür verantwortlich. Auf die Kinder kommt es an!“*

## Thomas Krüger



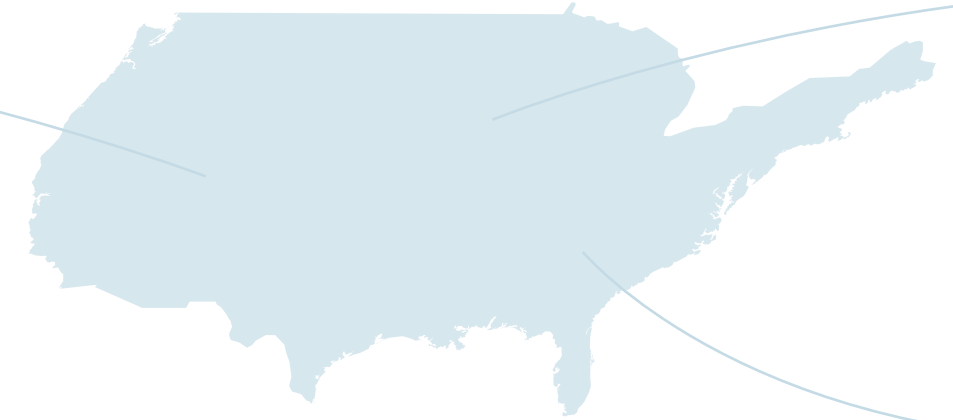
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

*„Die demokratische und zivilgesellschaftliche politische Kultur ist ein ständiger Prozess, der von jeder Generation gelernt, entwickelt und gestaltet werden muss. Wichtig ist deshalb, dass besonders Kinder und Jugendliche Zugang zu Informationen und Meinungen erhalten und ihnen Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Prozess eröffnet werden. Es ist die besondere Aufgabe von Institutionen wie der Bundeszentrale für politische Bildung, Jugendliche ernst zu nehmen und sie zu motivieren, eigene Ideen zu artikulieren und in die Tat umzusetzen.“*

# Engagement ist kein Selbstläufer

## Entwicklungen und Initiativen in den USA

Von Michael Seberich



„Ich kenne keinen besseren Verwahrungsort für die Staatsmacht als das Volk selbst ...“, so Thomas Jefferson 1820. Das Volk, der Bürger ist Garant für Demokratie und Freiheit. Jefferson fügte hinzu: „... und wenn wir unsere Bürger nicht für aufgeklärt genug halten, die Kontrolle darüber nach eigenem und gesundem Ermessen auszuüben, dann heißt die Lösung nicht, ihnen die Kontrolle zu entziehen, sondern sie zu deren Ausübung zu befähigen.“ Das Bildungsziel des verantwortungsvollen, engagierten Bürgers kann kaum klarer formuliert werden. Die pädagogische Vermittlung dieses Engagements für Demokratie und Gemeinwohl steht in den USA in einem Spannungsverhältnis zwischen patriotischer Pflicht, sozialer Notwendigkeit und leeren Kassen. Diese Spannungen haben in den letzten 15 Jahren zu neuen Initiativen in der Politik geführt, die in Deutschland die Diskussion bereichern können.

### Civic Education

In Vorbereitung auf die 200. Jahrfeier der Verfassung der Vereinigten Staaten legte 1985 eine Kommission den Grundstein für innovative Ansätze im Hinblick auf das Erlernen demokratischen sowie sozialen Handelns und Denkens. Die Kommission klagte die immer geringere Wahlbeteiligung und das sinkende Interesse junger Menschen an Politik an. Die National Association of State Legislatures – der Verband der Legislativen aller US-Bundesstaaten – und der US-Kongress reagierten 1985 mit dem „Education for Democracy Act“ auf diese Entwicklungen. Besondere Bedeutung kommt diesem Gesetz zur Demokratiebildung vor dem Hintergrund zu, dass 1978 die Bürger Kaliforniens die sogenannte „Proposition 13“ verabschiedet hatten, die in Kalifornien – und später auch in anderen

Bundesstaaten – die Eigentumssteuer limitiert. Diese ist jedoch im US-System zentral für die Finanzierung von Bildung.

Ergebnisse dieser Politik sind die freiwillige Definition der „National Standards for Civics and Government“ (1993, 2003) und die Implementierung des für den Carl Bertelsmann-Preis 2007 nominierten Programms „Project Citizen“ des „Center for Civic Education“ in allen Bundesstaaten.

### Service Learning

In den 80er und 90er Jahren kam mit dem „Service Learning“ eine Form der Förderung des Engagements für Demokratie und Gemeinwohl in den Schulen an, die auch zuvor schon Bestandteil der amerikanischen Zivilgesellschaft gewesen war. So entstand beispielsweise unter Präsident Franklin D. Roosevelt das Civilian Conservation Corps, eine Vereinigung, die junge Männer z. B. innerhalb von Projekten zur Aufforstung oder Überflutungskontrolle beschäftigte. John F. Kennedys Friedenskorps, das 1963 in Anwesenheit des US-Präsidenten gegründet wurde, war als Initiative zur Völkerverständigung schließlich eine Vorbildorganisation für viele Freiwilligenentwicklungsdienste. „Service Learning“ in den amerikanischen Schulen bedeutete nun, dass junge Menschen sich für das Gemeinwohl engagieren und die dabei gemachten Erfahrungen im Unterricht aufarbeiten.

Für die Präsidenten George Bush und Bill Clinton wurde die Bildung zu gesellschaftlicher Verantwortung eine wichtige Säule ihrer Politik. So gründete George Bush 1990 das Office of National Service im Weißen Haus. Im gleichen Jahr verabschiedete der Kongress den National Community Service Act, der staatliche Gelder für „Service Learning“-Projekte an Schulen bereitstellte.

Bill Clinton bündelte 1993 die verschiedenen Freiwilligenprogramme der US-Regierung im National and Community Service Trust Act. Dieses Gesetz bildete den Grundstein für die Gründung einer nationalen Organisation zur Förderung von Freiwilligendiensten, der Corporation for National and Community Service. In dieser unabhängigen Bundesbehörde ist das Programm „Learn and Serve America“ beheimatet, das „Service Learning“-Programme in Schulen und Universitäten fördert.

„Service Learning“ hat 1994 auch Einzug in die wichtigste Bildungsgesetzgebung der US-Bundesregierung gefunden, den Elementary and Secondary Education Act. Diese Gesetzgebung schreibt seit Mitte der 60er Jahre das föderale Engagement im Schulbereich fort. Der jetzige US-Präsident George W. Bush führt dieses Gesetz mit dem umstrittenen „No Child Left Behind Act“ weiter. ➔



### Die Zivilgesellschaft fordert das Bildungsziel ein

Im Jahr 2002 hat sich in den USA eine zivilgesellschaftliche Allianz aus Stiftungen, Non-Profit-Organisationen, Bildungsinstitutionen und Wissenschaftlern formiert: Die „Civic Mission of School“-Kampagne forderte eine Aufwertung des gesellschaftlichen Engagements als Bildungsziel ein. Die Kampagne resultierte in fast allen Bundesstaaten in regionalen Zusammenschlüssen zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements in der Schule (z. B. North Carolina Civic Education Consortium) und der Gründung von Policy-Organisationen (z. B. National Center for Learning and Citizenship), die sich der Förderung des Bildungsziel verschreiben. Im Rahmen der Initiative sind Instrumente (z. B. Civic Report Card der National Assessment of Educational Progress) entstanden, mit denen das Potenzial an Engagement sowie das Wissen der Jugend in den USA über die eigene Demokratie dokumentiert werden.

Die Initiativen verschiedenster zivilgesellschaftlicher Akteure führten zur Etablierung neuer Unterrichtsmaterialien und Multiplikatorennetzwerke. Zentrales Instrument der Veränderung sind die Congressional Civic Education Conferences, die seit 2003 jährlich stattfinden. Diese Konferenzen bringen Vertreter der Bildungsministerien aus den einzelnen Bundesstaaten, der Länderparlamente und der US-Regierung zusammen, um regelmäßig über Innovationen im Bereich der „Civic Education“ und des „Service Learning“ informiert zu sein. Die Konferenzen sind in zahlreichen Staaten auch Ausgangspunkt für Kommissionen und Gesetzesinitiativen, die diese Themen berühren, und speziell das „Service Learning“ ist mittlerweile in allen US-Bundesstaaten im Curriculum verankert.

Der Umfang der staatlichen Initiativen mag vielleicht überraschen, da das Land Thomas Jeffersons häufig damit assoziiert wird, dass soziale Probleme vornehmlich durch gesellschaftliches Engagement und einen lebendigen Non-Profit-Sektor abgefedert werden. Das Beispiel USA unterstreicht jedoch, dass die Förderung von gesellschaftlichem Engagement auch einer staatlichen Unterstützung bedarf. Es zeigt zudem, dass die Bürgergesellschaft Möglichkeiten hat, in den Dialog mit der Politik zu treten und Argumente für gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel überzeugend vorzutragen.



Website zur Congressional Civic Education Conference:  
[www.representativedemocracy.org](http://www.representativedemocracy.org)

# Project Citizen

## Leuchtendes Beispiel für Engagement

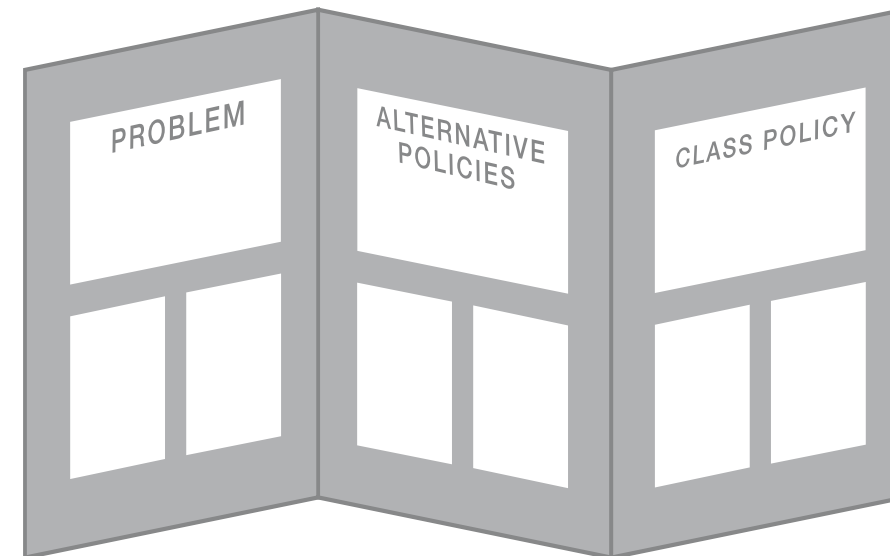
Von Michael Seberich



Demokratie spielerisch begreifen und umsetzen



Calabasas ist der Inbegriff Kaliforniens. Die Kleinstadt am nördlichen Rande der Santa Monica Mountains ist die Heimat von Menschen, die es beruflich „geschafft“ haben. An den Hügeln der Stadt reiht sich eine Villa an die andere. In diesem Ort der Palmen, Pferde und Großraumlimousinen vermutet man nicht gerade den Ursprung eines der bekanntesten Programme zur Förderung des gesellschaftlichen und politischen Engagements von Kindern und Jugendlichen in den USA: „We the People: Project Citizen“.



Project Citizen ist eine der Säulen des Center for Civic Education (CCE), welches in Calabasas seit den 60er Jahren beheimatet ist. Das Programm ist heute in allen 50 Bundesstaaten der USA etabliert. Darüber hinaus wird Project Citizen mittlerweile in mehr als 70 Ländern der Welt umgesetzt. Schlüssel für die schnelle Verbreitung dieses Programms in den USA ist die Partnerschaft des CCE mit der National Association of State Legislatures – dem Verband der Legislativen aller US-Bundesstaaten. International gilt Project Citizen als eines

der erfolgreichsten Programme zur Demokratiebildung. Erste Adaptionen, überwiegend in Transformationsländern, wurden und werden vom Außenministerium der USA finanziert.

Ein Besuch im Schulbezirk Hacienda Heights in Los Angeles zeigt, was das Programm in einer Kommune, einer Schule, bei Lehrern und Schülern bewirken kann: Sie nennen sich „Macho Men“, die acht jungen Männer, die mit Hilfe des Project Citizen die Straßen in ihrer Nachbarschaft im wahrsten Sinne des Wortes wieder zum Leuchten gebracht haben. Unter Leitung ihres Lehrers Doug hatten die Schüler zunächst eine Vielzahl von Problemen vor Ort identifiziert. Welches davon sie als Projektaufgabe anpacken wollten, war schnell entschieden. Denn auch wenn im gut situierten Hacienda Heights, in dem das Jahreseinkommen im Schnitt 50 Prozent über dem eines US-Durchschnittsbürgers liegt, vieles besser ist als in anderen, nahegelegenen Bezirken von Los Angeles, war die Sicherheit auf den

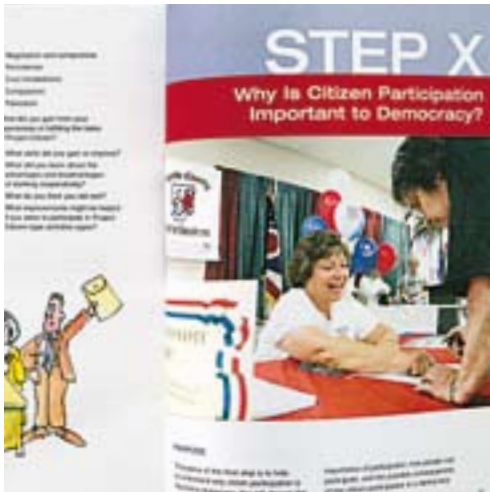






Straßen des Stadtteils ein dringliches Thema. Auf der Suche nach möglichen Lösungen zeigte sich, dass insbesondere die veraltete Straßenbeleuchtung instand gesetzt werden musste, um auch in der Nacht wieder ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleisten zu können. Nun

galt es herauszufinden, wie die „Macho Men“ einen Beitrag zur Erneuerung der Straßenlaternen leisten konnten. Die acht Jungs gingen es systematisch an und schauten zunächst, wer für die Straßenbeleuchtung zuständig ist, wie viel die notwendigen Reparaturen kosten würden und wer im Stadtteil ein Interesse an der Erneuerung der Lampen haben könnte. Gemeinsam mit ihrem Lehrer entwickelten sie einen Aktionsplan, wie Politik und Verwaltung dazu bewegt werden könnten, das Vorhaben zu unterstützen.



Die „Macho Men“ waren, wie so viele andere Project-Citizen-Gruppen auch, erfolgreich.

Sie trugen ihre Analysen und Lösungsvorschläge im Stadtrat und in der Stadtverwaltung vor und gewannen die entscheidenden Politiker für ihre Ideen. Nach mehr als 10 Monaten engagierter und gemeinsamer Arbeit leuchteten in Hacienda Heights wieder die Laternen – ebenso wie die Augen der Schüler, die viel Anerkennung für ihren Einsatz erhielten. Im Laufe des Projektes hatten



Selbstbewusst tragen die Jugendlichen ihre Lösungsansätze vor

sie gelernt, wie Politik vor Ort funktioniert und auf welche Weise Netzwerke innerhalb einer Kommune initiiert und aufgebaut werden können.

Das persönliche Engagement der acht Schüler zeigt anschaulich, wie das Project Citizen junge Menschen an politische Prozesse heranzuführt. Sie erfahren die Selbstwirksamkeit des eigenen Handelns. Neben dem realen Einsatz für eine Veränderung vor Ort präsentieren die Kinder und Jugendlichen ihre Arbeiten im Rahmen von Wettbewerben

im Schulbezirk, im Bundesstaat und auf nationaler Ebene. Die Vorträge vor fachkundigen Juries mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Schule sind eine weitere Form der Anerkennung innerhalb des Projektes.

Project Citizen basiert auf einer scheinbar einfachen pädagogischen Methode. Das Programm wirft jedoch in der Praxis all die Fragen zur Funktionsweise einer Demokratie auf, die ansonsten umfangreich in Lehrbüchern dargestellt werden. Es verknüpft

das Lernen demokratischen Denkens und Handelns mit der Übernahme eigener Verantwortung in der Praxis.

Project Citizen  
5145 Douglas Fir Road  
Calabasas, CA 91302  
USA  
  
Michael Fischer  
Tel.: +1 800 350 4223  
fischer@civiced.org  
  
[www.civiced.org](http://www.civiced.org)

Die deutsche Adaption von Project Citizen hat der Politik-Didaktiker F. Klaus Koopmann veröffentlicht:  
Center for Civic Education (CCE) und F. Klaus Koopmann. Projekt: aktive Bürger. Sich demokratisch durchsetzen lernen. Mülheim 2001.

# Penny Harvest

## Zeit der Ernte

Von Silvia Feist



Teddy Gross, Initiator des erfolgreichen Projekts Penny Harvest



Als Nora Gross mit ihrem Vater durch die Straßen auf New Yorks Upper West Side stapfte, kamen sie an einem Obdachlosen vorbei. Er zitterte in der eisigen Winterluft und lächelte Nora an. Sie fragte: „Daddy, können wir den Mann mit nach Hause nehmen?“ Nora war drei Jahre alt, und ihre Frage sollte zum Start des größten philanthropischen Projektes für Kinder in den USA werden: Penny Harvest. An der Penny-Ernte der Non-Profit-Organisation Common Cents beteiligen sich heute allein in New York City fast 800 der insgesamt 1200 Schulen.

Teddy Gross erinnert sich, wie berührt er in diesem Moment vor 17 Jahren war – und zugleich auch beschämt. „Ich als Erwachsener hatte damals mehr Möglichkeiten, etwas zu tun, aber Nora hatte mehr Mitgefühl“, sagt er. Seine Tochter, heute 20, beschreibt es rückblickend so: „Meine Frage damals drückte die Anteilnahme, Empfindsamkeit und Großzügigkeit eines bestimmten Alters aus, nicht einer bestimmten Person. Es war die Frage eines jeden Kindes.“

Der entscheidende Unterschied war, dass ihr Vater diese Frage ernst nahm. Wie ließen sich kindliche Hilfsbereitschaft und ein Gespür für Gerechtigkeit

unterstützen und vielleicht sogar zu sozialer Verantwortung in der Zukunft formen? Als Teddy Gross' Blick bei einem Nachbarsbesuch auf eine Schale voll Kleingeld fiel, wie es sie in fast jedem amerikanischen Haushalt gibt, fragte er, ob Nora die Münzen den Obdachlosen geben dürfe. Sie durfte, und Gross beschloss, mit seiner Tochter Pennys zu sammeln: im Haus, in der Nachbarschaft, bei Ladenbesitzern, in der Synagoge. Dort griff eine Mutter die Idee auf und trug sie in die Schule. Kurze Zeit später wurde der Rektor der öffentlichen Schulen in New York darauf aufmerksam, und „über Nacht waren plötzlich 300 Schulen beteiligt“, erzählt Gross.

Nach sechs Jahren ehrenamtlicher Arbeit tauschte er seinen Beruf als freier Journalist und Dramatiker gegen den des Geschäftsführers von Common Cents. Heute hat die Organisation 16 fest angestellte Mitarbeiter, zahlreiche Praktikanten sowie ehrenamtliche Helfer. Der Name, der im Englischen ausgesprochen auch wie „gesunder Menschenverstand“ klingt, lässt sich gleichermaßen als „Gemeinschafts-Cents“ übersetzen oder auch „einfache, ordinäre Cents“; das Kleingeld, das gerade in den USA viele als wertlos empfinden. Gross erkannte den Vorteil: Die Entbehrlichkeit macht den Penny zu der Spende, die sich jeder leisten kann und die man selbst Kindern anvertraut.



„7792 Dollar und 45 Cents“ – der Schulkord der PS 6 an der Upper East Side

Die Vier- bis Vierzehnjährigen sammeln Geld und informieren sich darüber, was in ihrer Nachbarschaft oder in der Welt gebraucht wird. Manche der beteiligten Kinder wohnen selbst im Obdachlosenheim und sehen plötzlich, dass sie Einfluss nehmen können. Mehr als 1.200 Organisationen und Projekte haben die jungen New Yorker Philanthropen im Laufe der Jahre unterstützt, von der Rettung ausgesetzter Tiere über die Hilfe für Teenagemütter und Krebskranke bis hin zur Leseförderung für Kinder und die Aufbauhilfe in Hurrikan-Regionen. Inzwischen gibt es auch in anderen Bundesstaaten erste Penny Harvests.

Eva, Annabelle, Danny und Caleb zählen bis drei und rufen wie aus einem Mund: „7792 Dollar und 45 Cents.“ Das ist die Summe, die die PS 6, ihre Schule auf der Upper East Side, gesammelt



hat. 1769 Kilogramm Münzgeld, ein Schulrekord. Die vier sind Mitglieder des runden Tisches. In jeder Jahrgangsstufe organisieren zehn bis zwölf Kinder die Sammlung, motivieren die anderen und debattieren über die Verteilung der Spenden.

Jedoch längst nicht jeder Nachbar reagiert begeistert, wenn die Penny-Sammler vor der Tür stehen. Die Kinder lernen, für ihre Überzeugungen einzustehen. „Ich habe vorher allen einen Brief unter der Tür durchgeschoben“, sagt Annabelle, 9. Darin hat sie angekündigt, wann sie sammelt, was Penny Harvest ist und auch gleich ein Feedback angeboten. Die Kinder benachrichtigen jeden, der seine E-Mail-Adresse angibt, wie viel Geld die Schule eingenommen hat und was genau damit passiert.

„Das Schwerste ist, ein Projekt auszuwählen“, sagt Danny, 10. Es gibt so viele wichtige Anliegen. Wer bekommt wie viel? Es ist dieser demokratische Prozess, sich über Projekte zu informieren, zu diskutieren und abzustimmen, den Common Cents fördern will. Dabei erfahren die Kinder nicht nur, welche Bedürfnisse in ihrem Viertel bestehen, sondern lernen auch Organisationen kennen, die das Gemeinwohl unterstützen. Geht ein Projekt finanziell leer aus, leisten sie oft praktische Hilfe: ein Besuch im Altenheim, die Müllsammlung in der Nachbarschaft. Manchmal laden sie Organisationen ein, sich an der Schule vorzustellen. „Lester vom Doe Fund für obdachlose Männer hat erzählt, wie seine Eltern gestorben sind, als er noch ganz jung war“, berichtet Danny ernsthaft. Eine Geschichte über Drogen, Dealen und Gefängnis – und die Kehrtwende, weil Lester heute dank Doe Fund als

Straßenkehrer arbeitet. So lernen auch Kinder aus behüteten Familien die anderen Seiten ihrer Stadt kennen und erfahren gleichzeitig, dass Menschen sich ändern können, wenn sie Hilfe bekommen.

durch philanthropische Bemühungen verändern. Für ältere Schüler hat Common Cents den „Student Community Action Fund“ (SCAF) gegründet. Ari Sparr, 18, die schon als Kind bei der Penny-Ernte



Schüler mit extra gestalteten Sammeltüten

Common Cents wird zu zehn Prozent aus städtischen Mitteln finanziert, der Rest aus privaten Zuwendungen. Die Stadt stellt zudem Lastwagen zur Verfügung, um Tausende von Pennysäcken am Ende der Ernte abzuholen und zum Zählen zu bringen. „Erziehung ist teuer“, sagt Teddy Gross, „aber sie ist eine Investition.“ Er hat festgestellt, Kinder können das Gemeinwesen ihrer Nachbarschaft



Die Qual der Wahl – das Projektangebot ist übergroß

dabei war, hat später bei SCAF Workshops organisiert, innerhalb derer Jugendliche Fördermittel vergeben. Seit einem Jahr studiert sie nun Psychologie, arbeitet in den Semesterferien aber als Praktikantin mit. Sie sagt: „Als Kinder oder Jugendliche haben wir normalerweise kein Geld, können nicht wählen, und unsere Stimme interessiert nicht. Das ist hier anders. Common Cents will wirklich wissen, was wir denken, und unsere Meinung zählt.“



Praktische Nachbarschafts-Hilfe in der Bronx

Common Cents – Penny Harvest  
570 Columbus Avenue  
New York, NY 10024  
USA

Maggie Jacoby  
Tel.: +1 212 579 0579 127  
mjacoby@CommonCents.org

[www.CommonCents.org](http://www.CommonCents.org)

# Schulen als Orte des Engagements

## Ergebnisse der internationalen Recherche

Von Carmen Aldinger, Margit Aufterbeck-Martin, Henning Banthien und Felix Oldenburg

Als die internationale Suche nach Vorbildern für gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel im Januar 2007 begann, standen noch Dutzende Länder der Welt auf der Liste. Nach einer Indikatorenanalyse konzentrierte das Rechercheteam seinen Blick auf zwölf Länder. Mit Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz waren kontinental-

europäische Wohlfahrtsstaaten, mit Schweden und Finnland skandinavische Wohlfahrtsmodelle, mit den USA, Großbritannien, Neuseeland und Kanada angloamerikanisch-liberale Systeme und schließlich mit Estland, Südafrika, Brasilien auch drei Transformationsstaaten vertreten. Über einhundert Programme wurden ausgewählt und von einer internationalen Expertengruppe bewertet. Der Blick durch dieses internationale Kaleidoskop legt drei Thesen nahe:

**Erstens:** Betrachtet man den Stand der deutschen Engagementerziehung in Schulen im Spiegel der internationalen Analyse, ist das Ergebnis nur mit dem PISA-Schock zu vergleichen. Was PISA im Hinblick auf formelle Testergebnisse zeigte, ist nun auch für das informelle Erlernen von bürgerschaftlichem Engagement sichtbar: Deutsche Schüler werden nur schlecht auf eine aktive Rolle in unserer Gesellschaft vorbereitet.

**Zweitens:** Die staatlichen Lernorte in Deutschland sind nur unbefriedigend mit der Welt außerhalb der Schulmauern verbunden. Solange sie sich nicht zur Gesellschaft hin öffnen und mit ihr vernetzen, werden sie keine Orte sein, an denen von früh an verantwortliche Bürger heranwachsen können. Der Übergang zur Ganztagschule ist eine große Chance für gesellschaftliche Kreativität und Innovation in Deutschland.

**Drittens:** Die Forderung nach gesellschaftlichem Engagement als Bildungsziel enthält viel mehr als die Anreicherung des Bildungsplans um den Aspekt des freiwilligen sozialen Handelns und der politischen Beteiligung. Es geht um einen neuen politischen Rahmen, in dem partnerschaftliches Lernen und Engagement wachsen können – weit weg von einer traditionellen „top-down“-Politik, die Schulen als geschlossenes Subsystem behandelt. Wer individuelles Engagement erwartet, muss im System Kooperation und Beteiligung ermöglichen.

Der internationale Rechercheprozess und die vorbereitenden Analysen zum diesjährigen Carl Bertelsmann-Preis wurden partnerschaftlich von der IFOK GmbH und dem US-amerikanischen Education Development Center (EDC) durchgeführt. Dieser Prozess führte zwei Kompetenzen zusammen: Expertise in moderner Governance und Beteiligungsverfahren einerseits und weltweite Erfahrungen im Erziehungsbereich andererseits. Durch eine Kombination traditioneller Recherchemethoden mit einer Internetplattform gelang es in kurzer Zeit, einen intensiven Dialog mit über 200 internationalen Experten zu führen und so nicht nur eine große Zahl hochinteressanter Programme zu nominieren und zu bewerten, sondern auch eine globale Expertengemeinschaft zum Thema zu mobilisieren.

### Ein politischer Rahmen für mehr Engagement

Besonders wirksamen Beispielen aus der internationalen Recherche zu gesellschaftlichem Engagement als Bildungsziel an Schulen ist eines gemeinsam: Sie sind in politischen Strategien und formellen Regelungen verankert. Im optimalen Fall werden durchgehend von Kindertagesstätten bis hin zu weiterführenden Schulen Rahmenbedingungen geschaffen, die allen Kindern und Jugendlichen verbindlich das Erleben von Engagement und die Befähigung zum Engagement ermöglichen.

Ein gutes Beispiel für einen solchen politischen Willen findet sich in unserem eigenen Land: In Baden-Württemberg ist es in einem Dialogprozess von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bildungssektor gemeinsam gelungen, im Bildungsplan für alle Realschulen des Bundeslandes einen Rahmen von 60 bis 65 Stunden zu verankern, in denen Schüler verschiedene Felder des sozialen Engagements kennenlernen.

Die „Themenorientierten Projekte Soziales Engagement“ (TOP SE) schaffen Orte des informellen Lernens, die Schulen im Klassenzimmer allein nicht anbieten könnten. Schüler engagieren sich innerhalb oder außerhalb der Schule, typische Engagementfelder sind beispielsweise Tätigkeiten als Mentor jüngerer Schüler, als Schulsanitäter oder als Streitschlichter. Sozialpraktika außerhalb der Schule werden in sozialen Institutionen wie Altenheimen, Kindertagesstätten oder Einrichtungen für behinderte Kinder geleistet.

Sowohl das Erleben von Engagement als auch die Befähigung zum Engagement kommen bei TOP SE auf vorbildliche Weise auf zwei Ebenen zum Tragen:

- Auf der Schulebene: Auf welche Weise und mit welchen Partnern aus dem Dritten Sektor, Wirtschaft und Gesellschaft jede einzelne Schule TOP SE umsetzt, entscheidet sie selbst. Entsprechend ihrem individuellen lokalen Umfeld baut sie so ein eigenes Netzwerk von Partnern auf, mit denen sie Schülerprojekte realisiert und oft auch weit darüber hinaus kooperiert.
- Auf der Ebene der Schüler, die (teil-)verantwortlich Aufgaben innerhalb und außerhalb der Schule übernehmen und dabei nicht nur persönliche, organisatorische und soziale Kompetenzen entwickeln: Hier werden Lernerlebnisse möglich, die Schulen als isoliertere Lernorte nicht vermitteln könnten. ➔





**Vom freiwilligen sozialen Handeln zur politischen Partizipation**

Diese Wahrnehmung von Schülern als Teil einer Gesellschaft, deren Zustand sie durch Engagement mitgestalten können, ist ein wichtiger Schritt, um im Lernen auch die politische Partizipation zu verankern – aber gute Engagementerziehung kann noch einen weiteren, fundamentaleren Beitrag leisten.

Die britische Citizenship Foundation hat mit ihren breit und systematisch angelegten Projekten eine vorbildhafte politische Architektur für den Wandel im Bildungsbereich geschaffen. Hier wird Schülern alters- und zielgruppen-gerecht durch eigene Aktivitäten vermittelt, wie sie als Teil der Zivilgesellschaft und mit Hilfe von Non-Profit-Organisationen nicht nur sozialen, sondern auch politischen Wandel bewirken können. Als „gesellschaftliche Unternehmer“ identifizieren sie lokale oder globale Probleme und entwickeln Lösungen, sei es durch eigene Aktivitäten oder durch Einbindung von gesellschaftlichen Partnern. Als Teil einer politischen Strategie langfristig ausgelegt, übergeben die Teilprojekte „G(iving)-Nation“ und „Go-Givers“ gleichwohl wichtige Verantwortung an die Schulen: Diese entscheiden selbst, ob und auf welche Weise sie ihren Schulunterricht mit Hilfe der Konzepte der Citizenship Foundation füllen. Da Schule in Großbritannien schon traditionell mehr ein Bestandteil der Gesellschaft ist, als es in Deutschland



der Fall ist, und da Non-Profit-Organisationen schon lange die Schulen als Partner zur Ansprache und Gewinnung der heranwachsenden Generation entdeckt haben, sind Schule und Gesellschaft im Vereinigten Königreich bereits besser vernetzt. Fast noch entscheidender für den Erfolg ist aber, dass auch Verantwortung auf die Schüler übertragen wird: Sie entscheiden selbst über ihre Aktivitäten und motivieren andere Kinder und Jugendliche, gesellschaftspolitisch aktiv zu werden.

**Perspektive: Schulen als Kristallisationspunkte der Gesellschaft**

Die internationale Analyse und der Expertendialog zeigen einen dreifachen Mehrwert: Schulen profitieren von der Vermittlung von gesellschaftlichem Engagement als freiwilligem sozialem Handeln und politischer Partizipation. Indem die Lernorte aus der Schule hinaus an die Schnittstelle zwischen Schule und Gesellschaft bzw. Schule und Wirtschaft verlegt werden, wird Schule zum aktiven Bestandteil, ja zum Kristallisationspunkt der Gesellschaft. So gehört der Erste-Hilfe-Schulungsleiter, der Schüler zu Schulsanitätern aus- und fortbildet, genauso zur Schule wie der Vertreter einer Drittsektor-Organisation, mit der die Schüler Projekte realisieren. Die Modernisierung des Unterrichts durch informelles Lernen und die Öffnung von Schulen zur Gesellschaft bedingen sich gegenseitig. Kinder und Jugendliche profitieren nicht nur von den individuellen Erlebnissen ihres sozialen Engagements, sondern auch im Hinblick

auf die Schlüsselfähigkeiten, die sie durch informelles Lernen außerhalb der Schule erwerben. Der internationale Projektvergleich zeigt, dass ihre Selbstwahrnehmung als Bürger entscheidend durch das Erlebnis geprägt wird, Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen mitgestalten zu können.

Schließlich profitiert auch das gesamte politische System. Am Beispiel der Schulen zeigt sich, ob es gelingt, in Deutschland Reformen intelligent und kooperativ umzusetzen. Statt in „top-down“-Prozessen Lösungen zu verordnen, die im abgeschotteten Subsystem Schule umgesetzt werden sollen, zeigt die Analyse zum Carl Bertelsmann-Preis 2007, dass zeitgemäße Beteiligungsstrategien an den Schnittstellen zwischen Schulen und außerschulischen Akteuren zu finden sind, für die entsprechende Anreize und Freiräume zu schaffen sind.

Damit gilt für Schulen, Schüler und Gesellschaft gleichermaßen die Einsicht des chinesischen Philosophen Laotse: „Sage es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich erinnern. Beteilige mich, und ich werde es verstehen.“

# Engagement von Anfang an

## Zehn Empfehlungen für Deutschland

Bereits in der Kindheit wird der Grundstein für Engagement gelegt. Frühe Engagementförderung kann allerdings nicht allein den Familien zugeschrieben werden. Die Engagementbiographie sollte deshalb in der Kindertagesstätte beginnen. Denn mit dem Besuch dieser verlässt das Kind den familiären Raum und tritt in den Raum öffentlicher Erziehung. Hier gibt es erstmals für alle Kinder die Möglichkeit, mehr zu lernen, als die Familie bieten kann. In der Grundschule muss sich die Engagementbiographie fortsetzen und über die weiterführende Schule ins Berufsleben oder die Universität führen. Um das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu fördern, werden folgende Handlungsempfehlungen ausgesprochen:

### 1 | Politische Verankerung

Um Engagement unabhängig von der individuellen Bereitschaft der Erzieher und Lehrer zu ermöglichen, muss ein Recht auf Engagement institutionell im Bildungsauftrag der Kindertagesstätte bzw. der Schule verankert werden, z. B. durch die Aufnahme in (bildungs-)politischen Leitbildern, Grundsatzbeschlüssen und Kerncurricula. Gesellschaftlichem Engagement muss Zeit zugestanden werden. Erziehern und Lehrern sollten ausreichende Stunden für Vor- und Nachbereitungen, Teambesprechungen und Vernetzung zur Verfügung gestellt werden.

### 2 | Entwicklung eines gemeinsamen Bildungsverständnisses

Gemeinsam müssen sich die Bildungsinstitutionen Kindertagesstätte und Schule mit Partnern auf einen umfassenden Bildungsbegriff verständigen, der über kognitives Wissen hinausgeht. Dieser Begriff muss soziale Kompetenzen, wie Kommunikations-, Kooperations- und Teamfähigkeit, Empathie und soziales Verantwortungsgefühl, sowie demokratische Kompetenzen – also Partizipations- und Mitbestimmungsfähigkeiten – umfassen. Um eine maximale Wirkung gesellschaftlichen Engagements auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen, sind formelle, im Unterricht stattfindende Bildungsprozesse und nicht formelle Bildungsprozesse, die sich im Kontext von gesellschaftlichem Engagement vollziehen, systematisch miteinander zu verknüpfen.

### 3 | Aufbau von Netzwerken

Gesellschaftliches Engagement ist nur im Zusammenspiel mit strategischen Partnern zu etablieren. Hierfür müssen Netzwerke aufgebaut werden, die alle regionalen Bildungsakteure zusammenführen, d.h. zivilgesellschaftliche Akteure wie freie Träger, Vereine, Verbände, Jugendringe, Kirchen und vor allen Dingen die Bildungseinrichtungen Kindertagesstätte und Schule. Ziel der Netzwerke muss es sein, die verschiedenen Partner miteinander in Kontakt zu bringen und Datenbanken mit Arbeitshilfen und Dokumentationen von Kooperationen zwischen Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung zu stellen.

### 4 | Entwicklung von Steuerungsstrukturen

Der Auf- und Ausbau von Kindertagesstätten und Schulen, die gesellschaftliches Engagement umfassend in den Bildungsprozess integrieren, bedarf auf allen Ebenen geeigneter Instrumente der Steuerung. Auf Landesebene sind günstige Voraussetzungen und Bedingungen für Kooperationen zwischen Kindertagesstätten sowie Schulen und gemeinnützigen Organisationen in Form von Rahmenverträgen zu schaffen. Zusätzlich empfiehlt es sich, auf regionaler und kommunaler Ebene Kooperationsverträge abzuschließen, die z. B. logistische Probleme bei der Nutzung außerschulischer Lernorte und versicherungsrechtliche Regelungen klären sowie Verfahren der Qualitätssicherung verbindlich machen. Auch finanzielle Voraussetzungen für eine Öffnung von Kindertagesstätten und Schulen durch Kooperationen müssen geschaffen werden. Hier sind zum einen die Bundesländer in der Pflicht, zum anderen die Kommunen.

### 5 | Alters- und bedarfsspezifische Angebote für Kinder und Jugendliche

Die Engagementangebote müssen grundsätzlich allen Kindern und Jugendlichen offenstehen. Dabei ist den unterschiedlichen Interessenslagen, altersbedingten Anforderungen und schulischen sowie kommunalen Kontexten Rechnung zu tragen. Auch für Jungen und Mädchen, für deutsche und ausländische, für privilegierte und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche muss es differenzierte Angebote geben. Wichtig ist dabei, dass Kindern und Jugendlichen bei der Entwicklung und Umsetzung weitreichende Mitbestimmungsrechte und Verantwortlichkeiten übertragen werden. ➔

## 6 | Aus- und Weiterbildung für Erzieher und Lehrer

Die Förderung gesellschaftlichen Engagements in Kindertagesstätten und Schulen stellt hohe Anforderungen an die Professionalität der Pädagogen. Erzieher und Lehrer sollten in der grundständigen Ausbildung, d. h. in der Erzieher- und Lehrerausbildung, auf diese Aufgabe vorbereitet werden. Darüber hinausgehend benötigen sie kontinuierliche Fortbildungsangebote und sollten die Möglichkeit haben, sich untereinander über gute Praxisbeispiele auszutauschen. Unterstützende Materialien, Handreichungen und Konzepte sind zu entwickeln und flächendeckend an alle Bildungsinstitutionen zu verteilen.

## 7 | Entwicklung einer Kooperationskultur

Auf der Ebene der Einzelschule und der einzelnen Kindertagesstätte sind Konzepte zu entwickeln, die auf die Kooperation mit gesellschaftspolitischen Akteuren zur Ermöglichung gesellschaftlichen Engagements abzielen. Sowohl die pädagogischen Fachkräfte als auch die Vertreter der außerschulischen Partner, z. B. der Vereine, gemeinnützigen Initiativen und sozialen Einrichtungen, müssen daran beteiligt werden. In den Kindertagesstätten und Schulen selbst müssen Ansprechpartner bzw. Verantwortliche für die Kooperation benannt werden.

## 8 | Wertschätzung gesellschaftlichen Engagements

Engagement benötigt Anerkennung – im Beruf, in den Bildungsinstitutionen, in den Medien genauso wie in der kommunalen Öffentlichkeit. Dafür sind angemessene Formen einer neuen Anerkennungskultur zu entwickeln und zu befördern.

Anerkennung konstituiert sich zunächst in der Interaktion zwischen den Beteiligten: der hierarchiefreien und verlässlichen Kommunikation und Zusammenarbeit. Kinder und Jugendliche als Gesprächs- und Verhandlungspartner ernst zu nehmen, ist damit ein zentrales Erfolgskriterium für gesellschaftliches Engagement.

Anerkennung ist aber auch ein symbolischer Akt, der sich in der öffentlichen Wertschätzung vorbildlichen Engagements ausdrückt, das dadurch sichtbar gemacht wird. Dies kann in Form von Auszeichnungen, Ehrungen, nationalen Medienkampagnen oder durch Wettbewerbe für innovatives oder nachhaltiges Engagement geschehen.

Anerkennung spielt sowohl in der Phase der beruflichen Orientierung als auch im weiteren Arbeitsleben eine wichtige Rolle. Informelle Lernerfahrungen – insbesondere im gesellschaftlichen Engagement – sollten in der Arbeitswelt als Chance verstanden werden, soziale und personale Kompetenzen zu befördern. Im Sinne einer neuen Anerkennungskultur gilt es daher, Engagement als etwas Positives zu sehen, was es verantwortungsvoll und aktiv zu fördern gilt.

## 9 | Benennung von Ansprechpartnern und Mentoren

Kinder und Jugendliche benötigen Anlaufstellen, die ihr Engagement unterstützen, z. B. in Form professioneller Kräfte vor Ort, die als sachkundige Ansprechpartner zur Verfügung stehen und Handlungsrahmen eröffnen. Ein Netzwerk von Mentoren sollte qualitativ hochwertige Beratung, Unterstützung und Anleitung für junge Menschen anbieten, sich für eine lokale Anerkennungskultur einsetzen, die aktive Ansprache von Kindern und Jugendlichen organisieren und sie bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Projektideen unterstützen. Der Stellenwert der persönlichen Ansprache sollte dabei nicht unterschätzt werden. Dies gilt gerade in Bezug auf engagementferne junge Menschen, für die häufig das Vertrauen zu Personen notwendig ist, um sich auf neue Vorhaben einlassen zu können. Erfahrungen zeigen, dass junge Menschen sich insbesondere dann zu einer Teilnahme motivieren lassen, wenn sie von Altersgenossen angesprochen werden.

## 10 | Verbesserung der Informationen über Möglichkeiten des Engagements

Um Kinder und Jugendliche für Engagement zu gewinnen, bedarf es zielgerichteter Informationen. Wichtig ist dabei, dass unterschiedliche Kommunikationskanäle genutzt werden (Kindertagesstätte, Schule, Internetportal, kommunale Ansprechpartner), dabei jedoch einheitlich z. B. über die Chancen gesellschaftlichen Engagements kommuniziert wird.

Zu empfehlen ist der Aufbau eines interaktiven Internetportals, das als Informationspool über Internet, Mobiltelefone, interaktives Fernsehen, Kindergärten und Schulen sowie öffentliche Büchereien zugänglich ist. Es sollte umfassende und nach Alter und Wohnort differenzierte Informationen darüber zur Verfügung stellen,

- wie und wo man sich engagieren kann,
- welche Engagementangebote zum gegebenen Zeitpunkt offen, d. h. unbesetzt sind,
- welche Chancen die einzelnen Angebote bieten (Kompetenzaufbau, Zeugnisse).

Die Internetplattform sollte gleichzeitig als Diskussionsplattform und Forum für Feedback genutzt werden können. Denn auch hier sollen Kinder und Jugendliche sich mit ihrer Zeit, aber auch Meinung aktiv einbringen.

Die Handlungsempfehlungen zeigen, dass gesellschaftliches Engagement von Anfang an und ein Leben lang möglich ist, wenn entsprechende Zugänge durch Bildungsinstitutionen, Kommunen und den Non-Profit-Sektor geschaffen werden.

Die Arbeitskommission

Prof. Dr. Helmut K. Anheier

Direktor, Center for Civil Society, University of California, Los Angeles; Centrum für soziale Investitionen und Innovationen der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Heidelberg

Dr. Heide-Rose Brückner

Bundesgeschäftsführerin, Deutsches Kinderhilfswerk e. V., Berlin

Prof. Dr. Ernst Buschor

Vorsitzender des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung; Vizepräsident des Rates der Eidgenössischen Hochschule (ETH) Zürich, Dübendorf, Schweiz

Dr. Dieter Garlichs

Geschäftsführer, UNICEF Deutschland, Köln

Katharina Heuermann

Schülerin, Projekt „mitWirkung!“, Rietberg

Prof. Dr. Raingard Knauer

Dekanin, Fachhochschule Kiel, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Kiel

Thomas Krüger

Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Dr. Johannes Meier

Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Dr. Brigitte Mohn

Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung; Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe, Gütersloh

Liz Mohn

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes und des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung; Vorsitzende der Gesellschafterversammlung und Geschäftsführerin der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft mbH, Gütersloh

Prof. Dr. Thomas Olk

Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Elisabeth Pott

Direktorin, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Direktor, Deutsches Jugendinstitut e. V., München

Prof. Dr. Roland Roth

Professor für Politikwissenschaft, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Hochschule Magdeburg-Stendal, Magdeburg

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.

Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D.; Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung, Düsseldorf

Marlehn Thieme

Direktorin, Deutsche Bank AG; Mitarbeiterin Deutsche Bank Stiftung; Mitglied im Rat der evangelischen Kirche in Deutschland, Frankfurt am Main

Simon Zicholl

Zivildienstleistender, Projekt „mitWirkung!“, Hamm

Die Jury

Der Vorstand der Bertelsmann Stiftung bildet die Jury des Carl Bertelsmann-Preises 2007

Dr. Johannes Meier

Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung

Dr. Brigitte Mohn

Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung; Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe

Liz Mohn

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes und des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung; Vorsitzende der Gesellschafterversammlung und Geschäftsführerin der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft mbH

Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld

Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP)



Die Nominierten

Deutschland

Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement, Baden-Württemberg

Estland

School as a Centre of Local Community Life

Finnland

The Voice of the Young

Großbritannien

Citizenship Foundation Envision

Kanada

Youth and Philanthropy Initiative

Neuseeland

Enviroschools

Südafrika

Valued Citizens

USA

Common Cents  
The Giraffe Heroes Project  
Learn and Serve America  
National Center for Learning and Citizenship  
North Carolina Civic Education Consortium  
Project Citizen  
Public Achievement

Weitere Informationen zu den nominierten Programmen finden Sie auf der beigelegten DVD.





# | BertelsmannStiftung Carl Bertelsmann-Preis

Der Carl Bertelsmann-Preis wird seit 1988 jährlich von der Bertelsmann Stiftung verliehen. Sie zeichnet mit diesem Preis, der mit 150.000 Euro dotiert ist, innovative Ansätze für die Lösung zentraler gesellschaftspolitischer Aufgaben aus. Die Recherche der Preisträger wird weltweit und in Begleitung eines international besetzten Gutachtergremiums durchgeführt. Dieser „Blick über den Zaun“ erfolgt in der Überzeugung, dass es für viele gesellschaftliche Probleme andernorts bereits Erfolg versprechende Lösungsmodelle gibt.

Die Themen des Carl Bertelsmann-Preises ergeben sich aus den Arbeitsbereichen der Stiftung. Eine zu jedem Thema eigens berufene Arbeitskommission mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis begleitet den Rechercheprozess, bewertet Kandidaten sowie Modelle und nominiert schließlich die Preisträger. Die endgültige Entscheidung trifft der Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Die Preisverleihung bildet den Auftakt zu weiterführenden Initiativen und Projekten.

## In den vergangenen Jahren waren folgende Themen Gegenstand der Prämierung:

- 2006 „Älter werden – aktiv bleiben. Beschäftigung in Wirtschaft und Gesellschaft“
- 2005 „Junge Generation und Arbeit: Chancen erkennen – Potenziale nutzen“
- 2004 „Leistungssteigerung und Fortschritt im öffentlichen Bereich: Organisationskultur und Wettbewerb“
- 2003 „Unternehmenskultur und Führungsverhalten als Erfolgsfaktoren“
- 2002 „Transparenz – Grundlage für Verantwortung und Mitwirkung“
- 2001 „Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation“
- 2000 „Reformen im Gesundheitswesen“
- 1999 „Berufliche Bildung der Zukunft“
- 1998 „Kommunikationsordnung 2000 – Innovation und Verantwortung in der Informationsgesellschaft“
- 1997 „Eigenverantwortung und Solidarität – Neue Wege in der Sozial- und Tarifpolitik“
- 1996 „Innovative Schulsysteme im internationalen Vergleich“
- 1995 „Methoden und Instrumente erfolgreicher Beschäftigungspolitik“
- 1994 „Gesellschaftliche Verantwortung im Fernsehen“
- 1993 „Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung“
- 1992 „Fortschrittliche Einwanderungs- und Integrationspolitik“
- 1991 „Wegweisende Ansätze für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik“
- 1990 „Evolution im Hochschulbereich“
- 1989 „Partnerschaftliche Unternehmenskultur“
- 1988 „Wegweisende Beiträge zur Entwicklung des Tarifsystems“



*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*  
Vorbilder bilden – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel  
Carl Bertelsmann-Preis 2007  
2007, 292 Seiten, Broschur, € 32,-  
ISBN 978-3-89204-943-2

Gesellschaftliches Engagement bedeutet nicht nur Hilfe für andere, sondern führt auch zur eigenen persönlichen Weiterentwicklung. Dennoch werden Kinder und Jugendliche zu selten dazu ermutigt. Kindertagesstätten und Schulen haben die Aufgabe, diesem Defizit möglichst früh entgegenzuwirken. Wenn Bildungsinstitutionen und der gemeinnützige Sektor – Vereine, Initiativen und soziale Einrichtungen – intensiver kooperieren, lassen sich die Rahmenbedingungen verbessern.

Mit dem Carl Bertelsmann-Preis 2007 zeigt die Bertelsmann Stiftung das Potenzial früher Engagementförderung und gibt Anstöße zum Paradigmenwechsel in der deutschen Bildungslandschaft. „Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel“ stellt den Status quo vor, zeigt Perspektiven für die Zukunft und diskutiert Vorbilder aus dem In- und Ausland.



*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*  
Lehrer unter Druck  
Arbeitsplatz Schule: zwischen Sokrates und Sozialarbeit  
2007, 276 Seiten, Broschur, € 20,-  
ISBN 978-3-89204-924-1

Das Buch „Lehrer unter Druck“ beschreibt differenziert und praxisnah die Situation eines ganzen Berufsstandes: der Lehrer. In einer reformbedürftigen Umgebung setzen sie den Bildungsauftrag von Schule tagtäglich um. Die Erwartungen, was sie dabei zu leisten haben, sind ebenso vielfältig wie hoch. Im Fokus von Medien, Öffentlichkeit und Politik sollen Lehrer ihre Schüler für eine multikulturelle, globale und mobile Gesellschaft befähigen. Mitten im System Schule sind sie dabei die am leichtesten fassbaren Adressaten für Kritik von außen. Druck auf die Schule bedeutet deshalb immer auch Druck auf die Lehrer.

In der vorliegenden Publikation berichten Lehrer und Schulleiter von ihren Erfahrungen innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers. Bildungsexperten aus dem In- und Ausland zeigen mögliche Lösungsansätze für schulische Entwicklung in einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft. Schüler-, Eltern- und Gewerkschaftsvertreter formulieren ihre Sicht auf den gesamten Bildungssektor, in dem Unterrichtsmethoden ebenso wie Lehreraus- und -fortbildung schon lange nicht mehr den veränderten Anforderungen genügen.

# Die Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich für das Gemeinwohl. Sie ist eine selbstständige Stiftung des privaten Rechts mit Sitz in Gütersloh. Bei der Gründung im Jahr 1977 durch Reinhard Mohn spielten gesellschafts- und unternehmenspolitische Überlegungen eine gleichberechtigte Rolle: Zum einen setzt die Stiftung das traditionelle gesellschaftspolitische, kulturelle und soziale Engagement der Inhaberfamilien Bertelsmann und Mohn fort; zum anderen soll sie die Unternehmenskontinuität sichern. Die Stiftung finanziert ihre Arbeit überwiegend aus den Erträgen ihrer Beteiligung an der Bertelsmann AG. Im Jahr 1993 wurde der Stiftung die Mehrheit der Kapitalanteile an der Bertelsmann AG übertragen. Diesen ungewöhnlichen Schritt zur Kontinuitätssicherung begründete Reinhard Mohn mit seiner Überzeugung, dass „das Kapital in einem Unternehmen etwas anderes ist als persönlich verfügbares Vermögen“.

Ziel der Stiftung ist es, den gesellschaftlichen Wandel zu fördern. Gemeinsam mit Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen will sie frühzeitig Herausforderungen und Probleme unseres Gemeinwesens identifizieren sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickeln. Sie versteht sich damit als „Motor“, der notwendige Reformen initiiert und voranbringt. Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind.

Die Projekte der Stiftung konzentrieren sich auf die elementaren Bereiche Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie Internationale Verständigung. Wichtige Schwerpunkte im The-

menfeld „Bildung“ sind die frühkindliche Förderung und die Qualitätsentwicklung von Schulen und Schulsystemen. Im Themenfeld „Wirtschaft und Soziales“ entwickelt die Stiftung Lösungskonzepte für mehr Beschäftigung, Wachstum und Innovation. Zudem hat sie der Bürokratie den Kampf angesagt. Im Themenfeld „Gesundheit“ geht es der Stiftung um einen Paradigmenwechsel. Deshalb entwickelt sie Ideen für ein Gesundheitssystem, bei dem der Vorsorgegedanke im Vordergrund steht. Im Themenfeld „Internationale Verständigung“ erarbeitet die Bertelsmann Stiftung Konzepte für zwischenstaatliche und internationale Formen von Regierungshandeln. Sie entwickelt Strategien für die friedliche Beilegung von Konflikten und unterstützt die Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft in Transformationsstaaten. In regelmäßigen internationalen Kulturdialogen trägt sie zur Völkerverständigung bei.

Die Kompetenzzentren „Unternehmenskultur“, „Kommunen und Regionen“, „Demokratie und Integration“, „Stiftungsentwicklung“ und „Kultur“ unterstützen die operative Arbeit und nehmen Querschnittsfunktionen wahr. Auf besonders relevante gesellschaftspolitische Herausforderungen wie den demographischen Wandel reagiert die Bertelsmann Stiftung mit themenübergreifenden Projekten.

Rund 666 Millionen Euro (Ende 2006) hat die Stiftung bislang für gemeinnützige Projekte zur Verfügung gestellt. Im Geschäftsjahr 2007 beträgt der Etat rund 72 Millionen Euro. Die Stiftung beschäftigt rund 330 Mitarbeiter.

Gemäß ihrer Satzung arbeitet die Stiftung ausschließlich operativ: Die von ihr verfolgten Projekte werden von der Stiftung selbst angestoßen, entworfen und bis zur praktischen Umsetzung begleitet, oft gemeinsam mit Partnern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

## Ausgewählte Projekte der Bertelsmann Stiftung

### Agenda Moderne Regulierung

Frank Frick  
Telefon: +49 5241 81-81253

### anschub.de

Rüdiger Bockhorst  
Telefon: +49 5241 81-81508

### Bildungsregionen

Wilfried Lohre  
Telefon: +49 5241 81-81279

### Bürgerstiftungen

Peter Walkenhorst  
Telefon: +49 5241 81-81172

### Corporate Social Responsibility

Birgit Riess  
Telefon: +49 5241 81-81351

### Gute Geschäfte – Marktplatz-Methode

Gerd Placke  
Telefon: +49 5241 81-81233

### Jugend und Arbeit

Jens Udo Prager  
Telefon: +49 5241 81-81544

### Kinder früher fördern

Anette Stein  
Telefon: +49 5241 81-81274

### Kinder.Stiften.Zukunft

Bettina Windau  
Telefon: +49 5241 81-81138

### Kompetenzzentrum Demokratie und Integration

Ulrich Kober  
Telefon: +49 5241 81-81598

### mitWirkung! – eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung

Sigrid Meinhold-Henschel  
Telefon: +49 5241 81-81252

### Optimierung Politischer Reformprozesse

Thomas Fischer  
Telefon: +49 5241 81-81265

### SEIS – Das Macht Schule

Cornelia Stern  
Telefon: +49 5241 81-81170

### Transparenz und Qualität im gemeinnützigen Sektor

Bettina Windau  
Telefon: +49 5241 81-81138



Impressum

**Bertelsmann Stiftung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
Fax +49 5241 81-999  
info@bertelsmann-stiftung.de  
www.bertelsmann-stiftung.de

**Verantwortlich**

Michael Seberich

**Gesamtredaktion**

Dr. Thomas Orthmann, Hamburg  
Kai Stenull

**Korrektorat**

Helga Berger, Gütersloh

**Art Director**

Heike van Meegdenburg

**Gestaltung**

Marion Tonk

**Bildnachweise**

Center for Civic Education,  
Calabasas  
Common Cents, New York  
Community Channel, London  
Mika/zefa/Corbis, Düsseldorf  
Ulfert Engelkes, Kassel  
Ulla Keienburg, Hamburg  
Thomas Kunsch, Bielefeld  
Veit Mette, Bielefeld  
Plantage, Berlin  
Terry Silvers, London

**Illustrationen**

Anna Busdieker, Münster

**Lithografie**

bkn-media, Bielefeld

**Produktion**

Druckerei Kösel,  
Altusried-Krugzell

**DVD-Realisation**

Vandenberg Weghorn Simonis,  
Düsseldorf

**Kontakt:**

Michael Seberich  
Telefon +49 5241 81-81267  
www.carl-bertelsmann-preis.de  
www.bertelsmann-stiftung.de

Der besseren Lesbarkeit wegen  
haben wir in der Regel auf die  
weibliche Sprachform verzich-  
tet. Die Redaktion bittet alle  
Leserinnen um Verständnis.

Gütersloh, August 2007



[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)